

4/91

BRD West 4.– DM
Ost 2.– DM

B 5045 F

MSZ

Gegen die Kosten der Freiheit

Der Fall MG

Themen zur Inneren Sicherheit

Die „Marxistische Gruppe“ (MG)

Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden
eines kommunistischen Geheimbundes

Herausgeber:

Der Bundesminister des Innern
Graurheindorfer Straße 198
5300 Bonn 1

Auflage: März 1991



**Der Bundesminister des Innern:
Kontakt mit der MARXISTISCHEN GRUPPE
gefährdet Ihr Berufsleben !**

Der Fall MG

Wenn „Der Bundesminister des Innern“ als Herausgeber tätig wird und zusätzlich zum regelmäßig erscheinenden Verfassungsschutzbericht „Themen zur Inneren Sicherheit“ abhandelt, dann besteht ganz bestimmt kein Zweifel daran, welche Absichten die staatliche Behörde mit ihrer Veröffentlichung verfolgt:

Sie hat wieder einmal *Feinde* ausgemacht, denen das Handwerk gelegt werden muß. Sie zeigt die *Gefahr* auf, der ihre und ihrer Geheimdienste Aufmerksamkeit gilt. Das Vorgehen gegen die *Gegner* von Recht und Ordnung und Werten des bedrohten Staatswesens, die Maßnahmen, die das Innenministerium für angezeigt hält, erfahren in solchen Veröffentlichungen ihre Rechtfertigung. Die Behörde versorgt die unwissende Öffentlichkeit mit „Erkenntnissen“, damit das Feindbild in diesem unserem Lande auch stimmt; das Muster dieser wunderbaren demokratischen Aufklärungsarbeit führt der Verfassungsschutzbericht so vor:

„Hierfür müssen der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.“

Mit dem im März 1991 erschienenen Sonderheft, das der „Marxistischen Gruppe“ gewidmet ist, dürfte im Fall des Funktionierens dieses bestechenden Modells demokratischer Meinungsbildung – und bislang hat es stets prächtig funktioniert – eines entschieden sein: Auf die Frage „Worum geht es der MG, was hat sie an Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in diesem unserem Rechtsstaat auszusetzen?“ gibt es nur *eine* sinnvolle Antwort. Nämlich ein Zitat aus der Broschüre des Innenministeriums, aus der sich jedermann selbst sein Urteil abholt.

Wenn das Bundesministerium des Innern seine Schrift an Unternehmen und Redaktionen, an Universitäts- und Schulleitungen verschickt, dann dringt es bei seinen Adressaten auf die *Befassung* mit der breit ab-

gehandelten Gefahr. Auf welche wohl? Es kommt uns so vor, daß da die verschiedensten Instanzen, die in unserem Land „Verantwortung tragen“, also auch gewisse Befugnisse haben, dazu aufgerufen werden, mit der ihnen kraft ihres Amtes verliehenen Macht an der Kommunistenverfolgung mitzuwirken, die die Regierung für das Deutschland der neunziger Jahre für angemessen hält. Der Inhalt der Broschüre jedenfalls ist so eindeutig ausgefallen, daß sich keiner der angesprochenen Kreise ein Gewissen daraus zu machen braucht, wenn er entschlossen auf jene Leute losgeht, deren gesammelte Untaten da erläutert werden. Sie brauchen es nur zu glauben, das Zeug – und sich der „Erkenntnisse“ zu bedienen, die es als schlichte Denunziation von Namen auch noch gibt.

Und für die Glaubwürdigkeit der Abhandlung, die sich der geballten Niedertracht und Gefährlichkeit der „Marxistischen Gruppe“ hingibt, hat das Innenministerium keine Mühen noch Kosten gescheut. Einerseits verrät das Werk einen erheblichen Aufwand von Bespitzelungspersonal, welches Tätigkeiten nachgeht, die in anderem Zusammenhang als brutale, ungerechte, menschenverachtende Praxis Marke „Stasi“ von jedermann aufrichtig verabscheut werden dürfen. Andererseits haben sich offensichtlich einige Wissenschaftler, Marke BRD, daran zu schaffen gemacht, den kritischen Anstrengungen der MG die *Deutung* zu verpassen, die sie für die *Konstruktion eines perfekten Feindbilds* für nötig hielten. Damit es nach ihrem und aller guten Deutschen Geschmack sitzt; und damit feststeht, mit welcher schrecklicher Brut die Behörden da aufräumen müssen. Was die Ausführungen von Wissenschaftlern, die sich mit ihren Dummheiten den Sortierungs- und Aufsichtsbehörden der Staatsgewalt andienen, über ihren Geschmack verraten, lohnt jedenfalls das Studium.

Der „vierten Gewalt“, den lieben Medien, trauen wir durchaus zu, daß sie sich – ganz im Unterschied zu den vergangenen Jahr-

zehnten – aufgrund der innenministeriellen Anleitung jetzt mit der „Marxistischen Gruppe“ beschäftigt. So wenig die Redaktionen dieses neuen Deutschland bislang gemeint haben, die Kritik an unserer Demokratie- und Marktherrlichkeit, wie sie von der MG veröffentlicht wurde, auch nur mit einer Silbe erwähnen zu müssen – an der zeit- und staatsgeistigen Betreuung einer Leiche werden sie wohl gerne mitwirken. Freilich steht zu befürchten, daß ihr Leitfaden – sie publizieren noch jede Nachricht über Sieger und Opfer des Polit- und Geschäftswesens in der Sorge um die Erfolge ihrer Nation – auch in diesem Falle derselbe bleibt. Sie, die noch in allen „Problemen“, die Gewalt und Kapital den eher „Abhängigen“ bereiten, die „Probleme“ der Macher geschmäckerlich breittreten, dürften im Standpunkt des Verfassungsschutzes ohne weiteres den eigenen wiederfinden. Dann ist der *Skandal*, von dem die Talker & Schreiber der Zunft berichten, auch streng nach den Richtlinien des demokratischen Sorgerechts definiert. Von daher liegt nicht etwa der Anflug von Skandal auf der Praxis der Behörden und dem damit verbundenen Fortschritt des Rechts; vielmehr wird sich die Empörung darauf richten, daß die Verantwortlichen nicht schon längst in der gebührenden Weise zugeschlagen haben. Daß sie es versäumt haben, mehr von der Demokratie zu wagen, deren Instrumenten sie im Umgang mit Kritikern alles zutrauen und auftragen.

Immerhin werden sie dann dem Sinn der Losung gerecht, die sie seit geraumer Zeit in Umlauf gebracht haben und jeden Tag wiederholen. Die geistreiche Parole „*Kommunismus tot!*“ war eben nie das Ergebnis einer gelungenen *Widerlegung* im Rahmen eines „Dialogs“ und Streits, sondern ein Auftrag an die zuständigen Herren über Geschäft und Gewalt, den Kommunismus zu *erledigen*. Und nach der Abwicklung des Ostblocks, für den die „Marxistische Gruppe“ wahrlich nichts übrig hatte, gehört es sich dann auch, diese Unverbesserlichen fertig zu machen.

Kommunismus – eine Perversion des Denkens mit unmenschlicher Zielsetzung

Die Konstruktion eines Feindbildes in praktischer Absicht

Das erste Vergehen gegen den gesunden Menschenverstand, der sich allemal an den Konjunkturen der nationalen und Weltpolitik orientiert, leistet sich die MG schlicht dadurch, daß es sie gibt. „Im Gegensatz zu der anhalten- den Krise anderer, revolutionär-marxistischer Zusammenschlüsse“ weist sie „eine unge- wöhnliche Stabilität“ auf. Das überzeugt. Wo gibt's denn sowas, daß jemand sein von der geis- tigen Umwelthygiene festgelegtes Haltbar- keitsdatum einfach überschreitet? „Unbeein- druckt vom Kollaps des realen Sozialismus“ – man höre das noch für den letzten Idioten zu berücksichtigende Gebot, sich dem Hoch auf die Marktwirtschaft anzuschließen – halten da Leute etwas von einer Organisation, und zu ihr, „die auch heute noch die Welt kommuni- stisch umgestalten will.“ Und was ist, wenn die schöne Welt bis heute noch nicht, in keinem ih- rer Winkel, wo Reichtum und Armut, Gewalt und ihre Opfer so harmonisch zusammenwir- ken, „kommunistisch umgestaltet“ worden ist? Wenn es Leute gibt, die den geständigen und gescheiterten Realsozialisten von Leipzig bis Baku, von Budapest über Prag bis Warschau einen *anderen* Vorwurf machen als den, sie hätten sich *am Kapitalismus versündigt*? Was ist, wenn der überlegenen Staatsraison am Ende des 20. Jahrhunderts, dem siegreichen Wirtschaftssystem von ein paar Kritikern in der Bundesrepublik nicht gleich das Kompliment verabreicht wird, sie würden den letzten Schrei des menschlichen Zusammenlebens, die Verwirklichung aller verwirklichtbaren Werte, die einzig vernünftige Koexistenz von Über- fluß und Beschränkung organisieren? Was ist, wenn ein paar tausend Leute daran zweifeln, daß ein totaler Bombenkrieg im Nahen Osten eine Art Wiedergutmachung für Auschwitz sei, wenn sie Wert auf die Feststellung legen, daß die Besichtigung aller Leistungen des Ka- pitalismus *als Probleme* verlogen ist? Was ist, wenn die ganzen „Probleme“, welche moderne Umwelt-, Menschenrechts-, Armuts-, Frie- dens- und Stabilitätskommissionen so wort- reich betränen, gar keine Probleme sind? Son- dern die erlesenen Produkte von Geschäft und Gewalt, die von allen diesen Kommissionen gleich den Auftrag erhalten, sich „Lösungen“ um Gotteswillen selber vorzubehalten?

Überhaupt nichts ist dann. Es geht nämlich gar nicht darum, einer mickrigen Organisation wie der MG einen *Fehler* vorzurechnen, wenn man ihr ihre *Abartigkeit* bescheinigt. Es ist vollkom- men egal für demokratische Antikritiker, wo- für sich die MG je stark gemacht hat. Kennlich gemacht werden muß eine unzulässige Abwei- chung.

Deswegen ist es auf der zweiten Seite der Spe- zialausgabe deutschen Verfassungsschutzden- kens auch wieder vorbei mit dem Schein eines

Nachweises, der einer Minderheit einen Irrtum zur Last legt. Munter widmet sich das staatssi- cherheitsdienliche Pamphlet einer ernstesten Sa- che:

„Häufig ist das ‚Schwabingerbräu‘, ein typisch bayerisches Schankhaus, der Versammlungsort. Hier trifft man sich, um unter Gleichgesinnten den Worten der ideologischen Großmeister zu lau- schen.“

Wenn das der Witz und das Schlimme dazu an MG-Veranstaltungen ist, dann müßte sich das Bundesinnenministerium längst des Politi- schen Aschermittwochs, der Parteitage renom- mierter Bundestagsvereine und jeder Sonntagspredigt dazu annehmen. Kommt es nicht doch ein bißchen darauf an, was in den heiligen Hallen bayerischer Großbrauereien gesagt und gehört wird?

Keineswegs. Das Übel liegt im Folgenden: „Solche Veranstaltungen werden sorgfältig vorbereitet.“ Na also. Und nicht nur das: „Diese Versammlung hat unsichtbare Beson- derheiten und erprobte Spielregeln.“ Und wer hat sie gesehen? Unser Innenministerium, seine Observanten und die gelehrten Knalltü- ten, die vor lauter Eifer nicht einmal merken, was sie da zum Kennzeichen höchster Verwerf- lichkeit ernennen. „An den Türen, im Saal, auf der Empore überwacht ein organisationseig- ner Ordnerdienst die Teilnehmer.“ Offenbar haben die Eiferer noch nie etwas davon gehört, daß ein Veranstalter vom Rechtsstaat dazu ge- halten ist, für alles mögliche vorzusorgen. Und von den Befürchtungen der MG, gewisse poli- tisch Andersdenkende könnten ihre Versamm- lungen aufmischen, scheinen diese Kenner von Versammlungsrecht und -wirklichkeit einfach nichts zu halten. So bleibt uns nur die traurige Pflicht, unsere Versammlungskritiker, die eine ordentliche Portion Zwischenfragen auf sol- chen Veranstaltungen vermissen, auf zweierlei hinzuweisen. Erstens: Hätten sie sie doch ge- stellt! Zweitens: Die Behandlung, die uns zu einer Zeit, als wir auf CSU- und CDU-Veran- staltungen noch Zwischenfragen wagten, zuteil geworden ist, gehört nicht zum Aufgabenbe- reich unseres Ordnungsdienstes. Der organisa- tionseigene Ordnungsdienst jener demokrati- schen Vereine hat uns damals schlicht vermö- belt.

Aber so sind wir eben. Ob wir wirklich je „un- bedarfte Frager“, die wir erst mit viel Mühe, nämlich mit „Tonnen von Papier“, versuchen zu unseren Veranstaltungen zu bewegen, des- wegen mit guten oder schlechten Auskünften beschieden haben, ist so eine Sache. Deswe- gen, weil jemand „eine Art Zeremonie gestört hat“, ist jedenfalls noch nicht einmal ein ange- trunkener Nationalist schlecht behandelt wor- den. Aber auch dieser Frage des guten Be- nimms, der mit dem Alkoholkonsum steht und fällt, nimmt sich das Innenministerium in sei- ner Dokumentation an:

„Da war es in der Tat faszinierend zu beobachten,

KOMMUNISMUS – EINE PERVERSION DES DENKENS

Feindbild MG

Extrem funktionstüchtig	4
Anstandsregeln beim Denken verletzt	5
Verfassungsschutz wissenschaftstheoretisch	5
Unmenschlich im menschlichen Bereich	7
„Kritik“ als Verbot	8
Wer Werte kritisiert, frißt auch kleine Kinder	9
Pol Pots Erben	10

DIE ORGANISATION – PSYCHOTERROR & SUBVERSION

Die MG als „Sekte“

Kommunismus zerstört die Persönlichkeit	11
--	----

Die MG als „Geheimbund“

Geheimdienstliche Logen-Kunde	13
-------------------------------	----

DER STASI-WEST ALS SAMMLER UND JÄGER

Verfassungsschutz gegen die MG

Angewandter Radikalerlaß	15
„Beobachtungsobjekt Marxistische Gruppe“	16
Die Projektionen der Staatsschnüffler	17
Totales Berufsverbot	18
Der Fall bfz	18
40 Jahre Stasi machen Schule	19

Erklärung

20. Mai 1991: Die MARXISTISCHE GRUPPE (MG) gibt's nicht mehr	20
---	----

MSZ

Marxistische Streit- und Zeitschrift Gegen die Kosten der Freiheit

Herausgegeben von T. Ebel, H. L. Fertl, K. Held. Verlegt vom Verein zur Förderung d. st. Pressewesens e.V. Verantw. Redakteur: Dr. Herbert Ludwig Fertl. Anschrift von Verlag und Redaktion: Heßstr. 82/0, 8000 München 40, Postf. 401940; Satz und Vertrieb: MHB, Ama- lienstr. 67 (Rg.), 8000 München 40; Telefon 089/283727. Druck: R. Vath, Hasenbergstr. 31, 7000 Stuttgart. Erscheint zweimonatlich.

Die MSZ stellt mit dieser Ausgabe
ihr Erscheinen ein.

wie 400 MGler fünf Stunden lang mucksmäuschenstill und ohne mit der Wimper zu zucken ausharrten, um sich das besoffene Gestammel ihrer Vortänzer anzuhören. Höhepunkt der Zirkusnummer: Der Abgang des 2. Vorsitzenden Dr. Held ins Klo, um sich nach dem Genuß eines Kasten Biers auszukotzen (ein Teppich, um hineinzubeißen, war nicht vorhanden).“ (11)

Als Quelle dient dem Innenministerium ausnahmsweise ein Zitat des Kommunistischen Bundes, den es ansonsten genauso wie uns der Observation und Nachstellung für würdig befindet. Dessen Aussagen zu Staat und Kapital hierzulande es nie und nimmer als verlässliches Zeugnis über die Realität gelten lassen würde. Dessen wunderbare Analyse einer Veranstaltung der MG auf einer „Sozialistischen Konferenz“ aber irgendwie ins Bild paßt, auch wenn sie die Fähigkeit zum soliden Bierkonsum auf unserer Seite gnadenlos entstellt, um im damaligen Konkurrenzkampf linker Minderheiten ein bißchen Rufschädigung zu betreiben. Dabei wird uns nicht von Bier, wohl aber von zum Nationalismus geläuterten Sozialisten und von Verfassungsschutzberichten schlecht, die sich auf solche berufen.

Völlig unverständlich wird die amtlich verbrieft, auf Ungehöriges immer nur anspielende Darstellung des „Phänomens“ MG, wenn sich mitten zwischen so launigen Falschmeldungen über die Folgen übermäßigen Alkoholgenußes und anderen bedeutsamen Vorkommnissen – „am Vorstandstisch unterhalb der Rednertribüne zeichnet ein Tonband die Veranstaltung auf“ – auch noch ein Argument findet, das einer Entlastung gleichkommt:

„Es stimmt: Die MG will die Revolution, aber sie legt keine Brandsätze, wirft keine Steine auf Polizisten, besetzt keine Häuser.“

Natürlich haben wir keinem Menschen je ein Haar gekrümmt und die ausgiebige Anwendung von Gewaltmitteln, welche die Wirkungsweise der erwähnten Bastelarbeiten bei weitem übersteigt, immer nur auf seiten der allseits verehrten Staatsgewalten festgestellt, erklärt und kritisiert; aber vor dem Urteil derer, die allen anderen predigen, daß Gewalt kein Mittel der Politik zu sein hätte, haben wir dennoch nichts an Achtung gewonnen. Einerseits sitzen dort, wo das Tonband läuft, „nur hochrangige Funktionäre“, was angesichts des hohen Ranges schon einigen Anlaß zum Fürchten bietet. Andererseits kündigt ausgerechnet der Abschnitt, der uns Gewaltverzicht bescheinigt, das Schlimmste an: „Ihre revolutionären Konzepte sind von anderer Art.“ Das macht neugierig.

Von wegen harmlos! Extrem funktionstüchtig.

Kaum ist bei der ersten „Annäherung an ein Phänomen“, das wir sind, nichts herausgekommen, was einen Anhänger von Kapitalismus und Demokratie zu stören braucht, geht es los. „Apparat, Anhänger und Ausbreitung“ sind einfach zu groß, zu viel, zu fortgeschritten. Wofür? Für solche wie die MG. Die „Landplage“ (eine weitere vom KB entlehene Kennzeichnung) mit ihren vielen Veranstaltungen macht sich bemerkbar, was die Frage aufwirft, wie (sich) solche so viel leisten können. Über „mehr als zehntausend fest eingebundene Anhänger“ verfügen sie, über ein „umfangreiches Netz für den Druck und Vertrieb von MG-Publikationen“ und über Adressen für ihre Läden dazu. Wahnsinn. Da kommt der Fachmann für allenfalls zulässige Dimensionen öffentlich-

kritischen Wirkens schnell zu dem Befund, von einem „technisch sehr leistungsfähigen Medienkonzern“ der MG zu schwärmen. Wir kennen da zwar ganz andere Gruppen, die „ohne Rückgriff auf Fremdfirmen innerhalb kürzester Zeit Flugschriften in sechsstelligen Auflagen, aber auch Bücher“ zu erstellen in der Lage sind. Aber wer von der Sache, die wir in Wort und Schrift vertreten, genug hat, dem ist natürlich der gar nicht konzern-taugliche Schrotthaufen, mit dem wir unsere Publikationen gefertigt haben, entschieden zu viel. Zumal die MG-Forschung zweifelsfrei ermittelt hat, daß wir gar nicht wie die anderen hochanständigen Medienkonzerne unseren Reibach machen, sondern glatt selbst für unseren Haushalt geradestehen.

„Ihre umfangreichen publizistischen Aktivitäten, aber auch die Alimentierung der hauptamtlichen Funktionäre, finanziert die MG aus Beiträgen ihrer Anhänger.“

Offenbar gibt es Leute, die das für einen Skandal halten. Fast möchte man schon fragen, was an der Solidarität unter Leuten, die für die Politik der MG etwas übrig haben, so störend wirkt. Außer eben der Tatsache, daß da Leute ihre Zeit und ihr Geld für eine Sache einsetzen, die das Bundesinnenministerium für das demokratische Leben der Republik gar nicht bestellt hat. Da kommt auch schon der nächste Hammer. Die Führung dieser Organisation

„legt vor den Anhängern keine Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ab. Quittungen über die in bar abgelieferten Beträge werden nicht ausgestellt.“

Fürwahr ein dicker Hund. Bei diesem Haufen denkt einfach keiner daran, eine Quittung zu verlangen, weil er gar nicht wüßte, wo er sie zum Zwecke der Steuerersparnis vorlegen könnte. Dieser Tip war aber offensichtlich auch gar nicht gemeint. Eher schon der Verdacht, der in unseren Reihen – mit Verlaub – noch nie aufgekommen ist. Daß wir uns wechselseitig bescheißen, ist in der langjährigen Praxis der MG noch keinem Beteiligten je in den Sinn gekommen. Zu auffällig und eindeutig ist die Rechenschaft über die Verwendung des Zasters ausgefallen: Er wurde einfach für die Publikationen, für Mietkosten und für das Bier der „Hochrangigen“ verpulvert. Den armen „Knechten“, denen, die sich mehrmals wöchentlich an Schulungen beteiligen, pardon: „sich zu unterwerfen haben“, war seltsamerweise immerzu bewußt, daß sie sich nicht in einer jener famosen staatsbürgerlichen Vereinigungen herumtreiben, in denen ganz andere Dinge geschehen. In denen ganz andere Beträge herumgeschoben werden, in denen die Führung mit Quittungen bescheißt, wo immer es geht, wo Spenden die Bilanz und die Karriere fördern. An den dort üblichen Maßstäben gemessen, das geben wir zu, ist die Marxistische Gruppe verdächtig. Eben immer nach dem Muster: Wo gibt's denn sowas?

Insofern konnte die Anmahnung von Quittungen zur Einsicht der Behörden auch nicht der letzte Schlag bleiben. Der nächste folgt so gleich:

„Innerhalb der MG gelten keine demokratischen Prinzipien. Es gibt keine Wahlen zur Besetzung von Führungsgremien, keine Abstimmungen über Aktionsvorhaben, nicht einmal zentrale Delegiertenkonferenzen.“

Ob unsere Superdemokraten in ihrem Bedürfnis danach, uns grober Vergehen gegen alles Liebe und Teure im abgekarteten Spiel des deutschen Demokratiefilzes zu überführen,

hier nicht etwas leichtsinnig werden? Wenn bei uns auf der einen Seite „Führungsstärke“ (was Demokraten in ihrem Hang zum Personenkult bei ihren „Aussitzern“ und „Hoffnungsträgern“ so sehnlich herbeiwünschen) ausgeprägt ist, wie in diesem Sicherheitsbericht beklagt, wenn auf der anderen Seite die Neigung der Gefolgschaft zur „Unterwerfung“ eindeutige Zeichen von knechtischem Wesen annimmt, wie es der Bericht ebenfalls empört vermerkt – dann sollten sie mit der Forderung nach Wahlen, Abstimmungen und Delegiertenkonferenzen lieber etwas vorsichtiger sein. Die hätten wir wohl auch noch hingekriegt. Die MG hatte solchen Firlefanz bloß nie nötig.

Reden wir mal im Klartext, was hier an uns vermißt wird: Einheit herstellen durch parteiinterne Einpeitscher, durch Fraktionszwang und karrieregeilen Opportunismus, das Handwerkszeug von Vereinen, die einen Kampf um die Macht über andere, im Staat und innerhalb ihrer eigenen Mannschaft führen, das kennen und schätzen Demokraten. Daß es so zugeht, wie „ein MG-Leitungskader erklärte, man diskutiere in der MG, bis man sich einig sei, und wenn man sich nicht einigen könne, trenne man sich“ – solche Zustände erachten dieselben Leute glatt für einen Mangel, nämlich für das Fehlen einer respektablen Herrschaftstechnik. Genau um die ist es in der langjährigen Geschichte der MG allerdings nie gegangen. Und wenn die studierten und beamteten Kritiker ihren Verbotsantrag ernsthaft mit dem Vorhandensein einer Hierarchie begründen wollen, so können wir ihnen nur eines raten: Fangt doch mit dem Verboten gefälligst in eurer eigenen staatsnatürlichen Umgebung an, ihr Heuchler!

Irgendwie scheint das sorgsam zusammengetragene Laborat von Vorwürfen gegenüber einer Gruppe, der die Verkehrsformen des bürgerlichen Oben und Unten zuwider sind, von dem Bedürfnis getragen zu sein, daß Klartext nottut. Der hört sich dann so an:

„Die wie ein Geheimbund arbeitende, logenähnliche Organisation wuchs von der Öffentlichkeit fast unbemerkt zu ihrer heutigen Größe an.“

Aber auch nur fast. Unser Papier weiß nicht nur über das Alter, das Geschlecht, also die Frauenquote, über die elternhäusliche Herkunft und über die Berufe der MG-Anhänger Bescheid. Es beruht natürlich auch – sonst gingen solche „Statistiken“ nämlich gar nicht – auf der Kenntnis von Namen und Gesichtern.

„Die in den letzten 15 Jahren geworbenen und fest in die Strukturen der MG eingebundenen Anhänger rücken nach Abschluß der Ausbildung zunehmend in wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft vor. Sie bilden dort verdeckt arbeitende Einflußnetze und Seilschaften, mit deren Hilfe jüngere Genossen unauffällig nachgezogen werden. Dadie MG unter Studenten einen relativ größeren Anteil an Geisteswissenschaftlern für sich gewinnen konnte, dominieren heute die entsprechenden Berufsgruppen in der Organisation. Dazu zählen vor allem Lehrer an Schulen, Hochschulen und in Einrichtungen der Erwachsenenbildung, aber auch Zeitungs- und Rundfunkjournalisten, Künstler und Verwaltungsfachleute. Die MG verfügt über eigene Rechtsanwälte, Ärzte und Psychologen. MG-Mitglieder aus technischen Berufen, z.B. EDV-Fachleute, sind teilweise bei Großkonzernen in interessanten Positionen tätig.“ (13)

Das ist ein Hammer. MG-Anhänger verdienen sich glatt ihren Lebensunterhalt wie alle Welt. Und das tun sie dann auch noch in Berufen, in die man mit einem Studium zumeist hineingekrät. Andersherum: Wenn sonst ein Verein mit

einer äußerst ehrenwerten Berufsstruktur (oder sind die Staatsschützer inzwischen Feinde von Trägern ihrer „Leistungsgesellschaft“?) aufwarten kann, gereicht es ihm dann zu einem guten oder schlechten Ruf? Die ganze Konstruktion des Bösen, das sich da in den Reihen einer für untragbar erachteten Organisation versammelt haben soll, geht nur durch die höchst absichtliche Verdrehung eines Sachverhalts. Es mag ja sein, daß ein paar Leute aus den genannten Berufszweigen die MG unterstützen – die Umkehrung allein aber liefert dem Gezeifer der innenministeriellen Lohnschreiber ihr Material: „Die MG verfügt über...“

Diese Umkehrung drückt nichts anderes als den Wunsch von erklärten Freunden des Systems aus, das sich die Marxistische Gruppe zu kritisieren traute. Den Wunsch, daß solche Kritiker das Recht verwirrt haben, in und „von“ der Gesellschaft zu leben, die ihnen nicht paßt. Das ist er eben, der neue Typus von Kommunistenverfolgung: Er kokettiert mit der sattem bekannten Moral, daß es Gegner der Grundrechnungsarten des Kapitals und der Ordnungsvorstellungen des Staates einfach nicht verdient haben, gemäß den herrschenden Regeln etwas zu verdienen. Schon gleich nicht etwas, das ihnen erlaubt, ihre Gegnerschaft zu Gehör zu bringen. Gar nicht kokett ist das Gebot, welches mit dieser Umkehrung innenministeriell in Kraft gesetzt wird. Es lautet: Vernichtet die MG dort, wo ihr sie treffen könnt. Sie gehört weg, auch wenn das, was sie mit der Befürwortung des Kommunismus meint und will, in ihrer Erfolgsbilanz gar nicht auftaucht. Eine Arbeiterbewegung, der sich die MG dienstbar macht, ist nämlich hinten und vorne nicht zu sehen. Der bloße Rat zum Klassenkampf, der Kommunismus als Theorie darüber, wie sich die Opfer und Bediensteten von Kapital und Staat nicht mehr für die Sachzwänge benutzen lassen, die andere stiften, wird nicht geduldet. Die Verfasser und Herausgeber der rechtsstaatlichen Hetzschrift belassen es keineswegs bei der Häme darüber, daß die eigentlichen Adressaten der MG ihr Interesse mehr schlecht als recht im Mitmachen wahren wollen. Sie begnügen sich gar nicht mit dem süffisanten Hinweis darauf, daß den von der Geschichte überholten Marxisten niemand glaubt noch folgt. Ihr Bedürfnis nach einer keimfreien politischen Landschaft, in der jedermann das ökonomische und politische System gutheißt und seine unangenehmen Wirkungen als „Probleme“ an deren Urheber zurückdelegiert, fällt gründlich aus.

Deswegen bemühen die Saubermänner der wehrhaften Demokratie auch noch die ausgefallensten Verrenkungen des akademischen Geistes, um der Marxistischen Gruppe die Polizeiwidrigkeit ihrer paar Gedanken nachzuweisen. Deswegen werden sie auch auf eine denkbar rohe Weise ausfällig, wenn sie der Marxistischen Gruppe den verbrecherischen Charakter ihrer Zielsetzungen anhängen wollen. So kommen in einem Traktat, welches allein der Staatssicherheit, Marke West, zu einem letzten Erfolg verhelfen soll, ganz disparate und abwegige Ideen zu höchsten Ehren. Ideen, über die wohl das Amt Gehlen noch herzlich gelacht hätte. Einerseits eine wissenschaftstheoretische Darlegung der Doktrin, daß die MG wert ist, zugrundezugehen; andererseits die Vorstellung, daß die europäische Führungsmacht BRD damit befaßt sei, sich des Steinzeitkommunismus zu erwehren.

„Die Gedanken sind frei“ – oder: Anstandsregeln beim Denken verletzt

Daß sich unsere Befunde über „das Leben“ – in Uni und Betrieb, in den neuen Bundesländern und in der alten NATO – erheblich von den Auffassungen anderer Leute unterscheiden, hat auch der Brain-Trust des Innenministeriums gemerkt. Das war insofern nicht schwer, als wir ja über Jahre hinweg gegen die land- und weltläufigen Ansichten polemisch aufgetreten sind. Dabei mußten wir immer wieder feststellen, daß zwar die MG viel Mühe darauf verwendete, andere Zeitgenossen vom Leitartikler über den Professor bis zum Bundespräsidenten zu widerlegen. Umgekehrt hingegen hat von denen niemand auch nur versucht, seine Ablehnung unserer Meinungen in derselben Weise zu begründen. Vielmehr ist man uns in schöner Regelmäßigkeit mit dem Vorwurf gekommen, wir würden unsere Gedanken zu selbstsicher vorbringen und anderen antragen, weil wir sie für Wissen halten. Und das würde sich eben nicht gehören.

Die Schelte, wir glaubten uns wohl im „Besitz“ der Wahrheit, gar der „absoluten“, ließ nie lange auf sich warten. Da hat es uns auch wenig genützt, darauf hinzuweisen, daß sich jeder Gedanken macht, Urteile fällt und Schlüsse zieht und daß es eben darauf ankommt, ob es stimmt, was sich der eine oder andere für eine Erklärung dessen zurechtlegt, was er so in Erfahrung bringt. Daß Wahrheit jemand ausschließlich gehört, so daß sie andere nie zu fassen kriegen, haben wir immer für eine alberne Vorstellung gehalten und das auch gesagt. Allerdings auch, wer warum auf diesen Schwachsinn verfällt.

Und was müssen wir jetzt schon wieder lesen? „Die MG beansprucht für ideologische Fragen ein Erkenntnismonopol.“ Deshalb zum letzten Mal: Wir werden uns erstens hüten, etwas zu beanspruchen, was es gar nicht gibt. Zweitens sind wir mit unseren Urteilen über Gottes schöne Welt an die übrige Menschheit herangetreten und haben damit eine äußerst antimonopolistische Grundhaltung an den Tag gelegt. Wer andere von seinen Gedanken überzeugen will, legt nämlich keinen Wert auf ausschließliche Verfügung über dieselben. Aber die guten Menschen, die ihre Meinung wie ein Eigentum behandeln, das ihnen böse Kommunisten entwenden wollen, wenn sie kritisieren gehen, sind ziemlich stur. Sie sind im Unterschied zu uns offensichtlich sehr scharf auf ihre eigene Meinung – so sehr, daß es sie nicht einmal interessiert, ob ihr Schatz an Auffassungen auch stimmt. Als ob ein paar Korrekturen an dem einen oder anderen Befund etwas daran ändern würden, daß sie es sind, die da denken, werden sie recht unverschämt und stellen die Eigentumsfrage, wo sie einfach nichts verloren hat. Dies ist nämlich ihre Art, ohne Widerlegung „fremde“ Ansichten zurückzuweisen und jeden zur Relativierung seiner Auffassungen aufzufordern, ohne den geringsten Grund dafür zu sagen. Sie bestehen darauf, daß es gerade beim Denken einen Unterschied zwischen richtig und falsch nicht gibt; und daß sich im Denken deshalb für jeden Zurückhaltung und Bescheidenheit ziemt. Locker dogmatisch beharren sie darauf, daß man ohne diese Zurückhaltung nicht nur nichts für Wissenschaft taugt, sondern auch wenig fürs Zusammenleben. Ohne die Würdigung mit Anerkennung von jedem Mist, den andere von sich geben, sei man

auf dem Sprung dazu, mit den ach so eigenen Gedanken dem anderen auch noch die Würde zu klauen. Im Grunde sei der mangelnde Respekt vor eigenen Meinungen schon der Anlauf zur Gewalt, die ja immer in Betracht gezogen werden muß, wenn Eigentum im Spiel ist.

Diese Meinung ist sehr verbreitet. Sie hat so viele Anhänger, daß es schon wieder verwundert, wie schrecklich viel sich jeder von ihnen darauf einbildet, daß er eine so gängige und dem ansonsten so ausgeprägten Bedürfnis nach Originalität hohnsprechende Allerweltsware zu seinem ureigensten Besitz zählt. Weniger verwunderlich ist dagegen, daß die guten Menschen dieses Glaubens die paar Abweichler in Wissensfragen zu stellen trachten; sie beschimpfen sie aufs heftigste, stellen sie ins Abseits und erfinden allerlei üble Nachreden, um die Exkommunizierung aus dem Kreis rechtschaffener, sich selbst relativierender Denker zu vollziehen. Darauf verstehen sich auch die für Affären der Staatssicherheit rekrutierten Geistesgeschaffenden. Sie zerren eine eher profane Angelegenheit – es sollen ja nur ein paar Kommunisten dingfest gemacht werden – in die lichten Höhen der Erkenntnistheorie.

Wie man mit der Waffe der Wissenschaftstheorie auf „anders Denkende“ einholzt

„Äußerungen und Verhalten von MG-Angehörigen bleiben für Außenstehende schon deshalb häufig ganz unverständlich, weil die MG einen vom ‚bürgerlichen‘ Denken stark abweichenden Erkenntnisgang bevorzugt. Positivistische ‚bürgerliche‘ Wissenschaft verwendet einen sogenannten induktiven Erkenntnisgang. Er nimmt zunächst die in der Realität auffindbaren Einzelphänomene zur Kenntnis, sortiert und systematisiert sie nach bestimmten Merkmalen oder Erfahrungswerten. Aus diesem Vorgang wird eine Theorie entwickelt, welche eine Vielzahl von Einzelphänomenen allgemein erklären soll. Versagt die Theorie bei ihrer Anwendung auf die Realität, gilt sie als widerlegt.“

Anders die MG: Sie verwendet eine deduktive, von den Axiomen einer angeblich unwiderleglich ‚wahren‘ Theorie auf die Einzelphänomene der Wirklichkeit schließende Erkenntnis Methode. Entscheidend für die Wirklichkeitssicht der MG sind nicht Kategorien wie Empirie und Erfahrung, sondern eine ‚Ableitung‘ aus ideologischen Vorgaben. Nicht das Faktum als solches gilt als entscheidend, sondern seine ‚richtige‘ Bewertung nach ideologischen Axiomen. Trübt ein Widerspruch zwischen Fakten und dem erwünschten ‚Ableitungsergebnis‘ auf, gibt die MG der ‚Ableitung‘ den Vorzug.“ (18 f.)

Der unbedingte Respekt vor Andersdenkenden ist eine Sache. Was wir davon halten, zitieren die Staatsanwälte des guten Benimmis in geistigen Auseinandersetzungen völlig richtig.

„Marxisten sind keine Liebhaber der berühmten ‚Freiheit der Andersdenkenden‘ – sie wollen lieber wissen, was der andere denkt, und denken dann entweder dasselbe oder argumentieren dagegen. Und sie befürworten keine Toleranz, die es verbietet, Interessengegensätze auszutragen, und die damit nur denen zugute kommt, die sowieso die Macht haben.“ (34)

Natürlich nicht ohne einen Kommentar, der vor Freude darüber stotzelt, auf eine so „entlarvende“ Stelle bei uns gestoßen zu sein. Den Beweis für die Dummheit, die solcher Freude zugrundeliegt, liefern sie gleich mit:

„Konkurrierende, vorgeblich ‚falsche‘ Auffassungen sind zu bekämpfen und möglichst zu vernichten. Das von der MG reklamierte Erkenntnismonopol zielt auf praktische Durchsetzung.“ (34)

Zur leidigen Frage des Monopols ist bereits alles Nötige gesagt. Daß es falsche Auffassungen nur in Anführungszeichen und vorgeblich dazu gibt, nehmen wir Leuten nicht ab, die ihre Dienstherrn mit Ausführungen über einen „induktiven Erkenntnisgang“ rechtfertigen, in dem durchaus auch von einer *Widerlegung* von Theorien die Rede ist. Dabei machen wir uns überhaupt nichts darüber vor, daß ein Wissenschaftstheoretiker, wenn er von Widerlegung spricht, etwas ganz anderes im Kopf hat als das Aufzeigen und Korrigieren von Fehlern beim Urteilen und Schließen. Daß er bestimmte Sorten Gedanken aus dem Reich der approbierten Wissenschaft ausschließen will, daß er den rechten Gang des Erkennens so lange zurechtdefiniert, bis er Unzulässiges von Wohlgeleittem scheiden kann, ist ihm allemal geläufig. Und wenn er mit Popper, Stegmüller, Schnädelbach, Becker etc. so weit ist, wird er sich hüten, über Gedanken der MG zum Beispiel ein anderes Urteil zu fällen als: nicht durch den TÜV gekommen. Bzw. „gilt als widerlegt“. Die Gültigkeit ist eine praktische.

Schließlich möchten wir noch ganz bescheiden anmerken, daß die mit den Bildern „bekämpfen“ und „vernichten“ so süffisant berührte Gewaltfrage, die uns da angehängt werden soll, schon gleich gar keine Sache der MG ist. Wir kriegen sie vielmehr laufend *gestellt*, diese Frage, und zwar schon lange bevor sich die arbeitende Menschheit ein paar Erklärungen von uns Marxisten, ihre Lage, ihre Leistungen und Opfer für Kapital und Staat betreffend, durch den Kopf gehen läßt und auf ihren Interessen besteht. Umgekehrt wagen wir zu bezweifeln, daß Leute früh um halb sechs in eine Rüstungsfabrik marschieren, weil sie einen „induktiven Erkenntnisgang“ der „deduktiven Erkenntnis-methode“ der Marxistischen Gruppe vorziehen. Kein Zweifel hingegen besteht daran, daß die Kommentatoren unseres Zitats nur seine Richtigkeit bestätigen, wenn sie aufgeregt vermelden: „zielt auf praktische Durchsetzung“. Ihre wissenschaftstheoretische Polemik gegen 'richtig' und 'falsch', gegen Sicherheit des *Wissens*, hat eben mit einer innertheoretischen Auseinandersetzung nicht das geringste zu tun. Das dogmatische Leugnen der bloßen Vorstellung, es könnte so etwas wie Wissen um Gründe und Notwendigkeiten in der kapitalistischen Hausordnung geben, wendet sich überhaupt nicht gegen einen theoretischen Irrtum. Vielmehr gegen den Willen, der sich aus gewissen Einsichten ergeben könnte.

Aber wem sagen wir das. Wir haben es ja gar nicht mit Leuten zu tun, die ihren Weltanschauungen jede praktische Konsequenz untersagen. Bloß mit dem kleinen Unterschied zu uns bestehen sie darauf, daß ihren Vorstellungen auch *ganz ohne* den Anspruch, sie würden stimmen, das Recht zuteil wird, für den insgesamt ziemlich gewalttätigen, demokratischen, marktwirtschaftlichen, weltordnungsmäßigen Gang der Dinge *bestimmend* zu sein. Dabei spielt es noch nicht einmal eine Rolle, daß sich von den maßgeblichen Instanzen dieser Welt keine einzige an ihre komplizierten Denkschriften hält.

Insofern brauchen Leute, die den demokratischen Imperialismus ausgerechnet mit Spielregeln des geistigen Verkehrs gleichsetzen und rechtfertigen, eine Verlegenheit nicht zu befürchten. Wenn sie die Marxistische Gruppe aus dem Geiste der Wissenschaftstheorie für gefährlich erklären, müssen sie keine Angst

haben, daß ihre Theorie je versagt. Wie sollte ihre Theorie der Falsifizierung von Ergebnissen ihres induktiven Erkenntnisgangs je in Kraft treten? „Versagt die Theorie bei ihrer Anwendung auf die Realität, gilt sie als widerlegt.“ Keine Anwendung, kein Versagen, keine Widerlegung – nur brauchbar.

Von solchen Geistesriesen kriegt die Marxistische Gruppe einen Steckbrief verpaßt.

„Die Axiome ihrer Ideologie gelten den MG-Anhängern als unverrückbare Wahrheiten; sind sie einmal ‚wissenschaftlich‘ festgelegt, bedürfen sie keiner Veränderungen mehr.“

Wenn man uns bei dieser Gelegenheit wenigstens die „Axiome“ hingeschrieben hätte, nach denen sich in unseren verbildeten Gemütern alles richtet! Wenn die professionellen Festleger des Erlaubten und Verbotenen im Reich der Wissenschaft wenigstens verraten würden, was in unseren Reihen je festgelegt worden ist! Wir wären dankbar für einen so handlichen Mechanismus, den wir – man hat ja schließlich studiert – ausschließlich aus der Wissenschaftstheorie kennen. Den wir ablehnen, weil wir auf ein paar Einsichten scharf sind, und die Anpreisung der einschlägigen Erkenntnismodelle glaubwürdig versichern, ja darauf bestehen, daß mit ihrem Erkenntnisapparat garantiert keine Erkenntnis zustandekommt.

Abschreckend wirkt auf uns außerdem der einzige uns bekannte Fall, wo nach solchen Prinzipien vorgegangen wird, was aber die Staatssicherheit weniger stört. Mit 2 bis 3 Axiomen über Gott, den Menschen und andere Engel packen die Kirchen die komplette Welt ein, ganz nach dem vom Innenminister verteuflten Modell:

„Nicht das Faktum als solches ist entscheidend, sondern seine ‚richtige‘ Bewertung nach ideologischen Axiomen.“

Trotz der allgemeinen Beliebtheit, der sich dieses erschöpfend angewendete Verfahren erfreut, können wir damit wenig anfangen. Mehr als eine universelle *Deutung* der Realität, bei der hinter allem eben immer dasselbe steckt, kommt dabei nicht heraus. Und die taugt bloß zu einer Untertanengesinnung, die in allem mordsmäßig viel Sinn ausmachen darf, also so ziemlich das Gegenteil von Kritik darstellt. Deshalb hat der Verfassungsschutz im übrigen da, wo der Kommunisten angedichtete „Erkenntnisgang“ wirklich veranstaltet wird, trotz einer gewissen Entfernung der Lehre von der Realität kaum Bedenken gegen die Großsekten, die das betreiben...

Für den Steckbrief ist natürlich das Dümme gerade gut genug.

„In der Praxis bedeutet dies: Deckt sich die Wirklichkeit nicht mit den Erfordernissen der Theorie, werden die Fakten solange falsch dargestellt oder bewertet, bis sie als aus der Theorie scheinbar stammig, abgeleitet erscheinen.“

Hier scheinen ein paar durchgedrehte Intellektuelle für den alten Freud reif zu sein, der sich ausgiebig mit dem Phänomen der Projektion auseinandergesetzt hat. In dem Bemühen, statt einer Widerlegung von MG-Behauptungen (da müßte man ja glatt wieder richtig und falsch scheiden können und etwas wissen wollen) etwas ganz anderes zu leisten: den Beweis einer *systematischen Unbelehrbarkeit* zu erbringen, rügt ausgerechnet eine Schrift des Innenministeriums einen politischen Gegner des Frevels an methodischen Regeln der Wissenschaft. Nicht die Auseinandersetzung mit den Andersdenkenden – davon hält man in solchen

Kreisen nichts – ist angesagt, sondern die Kennzeichnung *anders Denkender*, von Leuten, die einen *Kanon verletzen*. Dafür ersinnen sich Geisteserschaffende, denen unsere Gesellschaft (auch das spricht nicht für sie) den Status geistiger Autorität verleiht, ein Modell von „deduktiver Theorie“, das weder mit Deduktion, noch mit Axiomatik, noch mit Ableitung etwas zu tun hat. Es scheint uns, daß diese Wissenschaftler von allen drei Dingen keine Ahnung haben, weshalb sie auch gleich zweisprachig „Empirie und Erfahrung“ als Korrektiv anmahnen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß sie uns mit dem uns zuerkannten Erkenntnisnehmtdchen zumindest eines bescheiden möchten: den gesalzenen Grad von Paranoia, dessen es ihrer Meinung nach bedarf, um Kommunist zu sein.

Deshalb soll auch der Gipfel der Beweisführung in Sachen „die spinnen deduktiv mit ihren Axiomen und sehen die Welt nicht mehr“ nicht aus Platzmangel verschwiegen werden.

„Dabei kann es bisweilen zu grotesken Ergebnissen kommen. Ein Beispiel dafür lieferte die MG mit ihrer ‚wissenschaftlichen Analyse‘ der Flucht-welle aus der DDR im Sommer 1989. Als sich damals Tausende von DDR-Bewohnern in die Bundesrepublik Deutschland absetzten, mochte sich die MG nicht mit dem Gedanken anfreunden, daß Gründe für die Massenflucht im politischen und wirtschaftlichen System des SED-Regimes liegen könnten. Vielmehr hatte sie bereits zuvor bekundet, schuldig am Ausbluten der DDR sei die Bundesrepublik. Sie habe sich im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ein imperialistisches Programm gesetzt und der DDR – durch die Nichtanerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft – die Souveränität über ihre Bevölkerung streitig gemacht.“ (20)

Wir werden uns hüten, unser Zitat noch einmal abzu drucken, das soll jeder Interessierte selbst nachlesen in MSZ 5/1989. Es sei nur bemerkt, daß das Zitat selbst und der ganze Artikel sich ausführlich mit den Gründen der Massenflucht befassen und zwar ausdrücklich auch mit denen, die im System der DDR liegen. Es rechnet allerdings mit einer Besonderheit dieses Systems, und die besteht in einem Verhältnis zur BRD und zu den anderen Ostblockstaaten. Kaum erwähnen wir das, wollen unsere wissenschaftstheoretischen Interpreten selbst den Genscher-Dank an Gorbatschow, an Ungarn und die Tschechoslowakei – die immerhin der bundesrepublikanischen Nichtanerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft ihre praktische Gültigkeit verschafft haben – nicht mehr zur Kenntnis nehmen, bloß weil sie die MG einer „Deduktion“ überführt haben wollen! Dabei kennt jedes Kind die einschlägige Sachlage, jeder weiß, daß sich dabei Staaten auf die Seite der BRD geschlagen und die Macht der DDR über ihre Bewohner gebrochen, Grenzen dafür geöffnet haben, die sonst kein Asylant überschoren überschreitet. Jeder kennt das Wechselspiel von inneren und äußeren Gründen, aber mit Realität dürfen diese Gründe nichts zu tun haben, der MG-Analyse werden sie als reelle bestritten – weil die Autoren eben diese Analyse von Gründen verwechseln, identisch setzen wollen, mit etwas ganz anderem, nämlich einer Klärung der *Schuldfrage*. Wenn die Marxistische Gruppe sich am Wälzen der Schuldfrage nicht beteiligen, sondern vielmehr erklären will, auf welch sonderbare Weise ein Staat zugrundegeht, dann läßt sie die *Moral* vermissen, mit der die wissenschaftlichen Fans der BRD die Massenflucht einzig und ausschließlich beglückwünscht sehen wollen. Das

ist der ganze Realitätssinn, den die Anhänger einer „induktiven“ Methode selbst an den Tag legen.

Irgendwie wartet man auch auf den Nachweis des Fehlers, den die MG begangen haben soll, indem sie im Grundgesetz ein imperialistisches Programm entdeckt haben will. Es ist ja unüberhörbar, daß den deutschen Gelehrten unsere Vokabeln nicht schmecken; aber die *Sache* zu bestreiten, daß mit dem Wiedervereinigungsgebot ein Staat das Existenzrecht eines anderen grundsätzlich und systematisch nicht anerkennt, folglich auch nicht den Paß von dessen Bürgern, und daß die BRD im Sommer 1989 eben dieses Programm mit Hilfe der anderen Ostblockstaaten in die Realität umgesetzt hat – das zu bestreiten trauen nicht einmal sie sich. Und was die „Verwechslung von Ursache und Wirkung“ betrifft – von wegen! Drittweltbewohner können angesichts der Unzulänglichkeiten des Systems, unter dem sie leben, noch so zahlreich den Wunsch hegen, BRD-Boden zu betreten; Ursache für die Wirkung, daß die BRD ihnen diesen Wunsch erfüllt, wird das nie. Ursache für die Öffnung der Grenzen war ebensowenig der bloße Wunsch der DDR-Bewohner, sondern schon der Einfluß der BRD, mit dem sie ihrem Wiedervereinigungsprojekt im gesamten Ostblock Geltung verschafft hat. Alle diese Gründe sind in dem inkriminierten Artikel gründlich betrachtet und aufgeführt worden, aber mit der Schuldfrage nach dem Muster 'DDR böse, BRD gut' können wir den Spezialisten methodisch kontrollierten Denkens leider nicht dienen.

Das zweite Beispiel für die Vergewaltigung der Realität, die das MG-Denken angeblich vornimmt, hört sich so an:

„Erbringt beispielweise eine westliche Demokratie wirksame Sozialleistungen, obwohl sie nach ideologischen Vorgaben der MG nur Ausbeutung, Elend und Gewalt hervorbringen kann, so gilt der sozialpolitische Fortschritt als ‚Beweis‘ besonderer Heimtücke.“

Wo, bitte, haben die MG-Exegeten bei uns etwas von Heimtücke gelesen? Wir behaupten etwas anderes, nämlich 1. daß die demokratischen Sozialleistungen auf der Armut *beruhen*; und zwar nicht zum Beweis marxistischer Theorie, sondern aufgrund der Tatsache, daß es sie gibt. Wären alle Demokratiebewohner gut ausgestattet, wären Sozialleistungen nämlich schlicht überflüssig. 2. legen wir Wert auf den kleinen, ebenfalls in der Realität vorfindlichen Unterschied, daß nicht die Demokratien die Sozialleistungen „erbringen“, sondern immer noch die Lohnarbeiter selbst in Gestalt sogenannter Sozialabgaben, die ihnen zwangsweise vom Lohn abgezogen werden, was auch in gewisser Hinsicht auf so etwas wie Armut hinweist. Vermögendere Gesellschaftsmitglieder pflegen sich nämlich freiwillig und besser zu versichern. Wer ist jetzt wirklichkeitsfremd? Die MG, die auf die Funktionalität der Sozialpolitik für die Benützung einer Arbeiterklasse hinweist, auf die Funktionalität eines Zwangsversicherungswesens dafür, daß Arbeiter bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter nicht gleich ganz ohne Geld und Wohnung dastehen und daher bei Bedarf auch wieder zur Benützung tauglich sind. Oder die Herren Wissenschaftstheoretiker, die sich lieber erst gar nicht für den Sozialstaat und seine Organisationsweise interessieren, weil sie das nämlich in ihrer Lobhudelei angesichts der lieben Demo-

kratie nur stören könnte? Wer nicht einmal hinschauen will, wie die Sozialleistungen funktionieren, der vermißt – sehr axiomatisch und deduktiv – das *Lob* auf das Ding. Und hängt höchst wissenschaftlich und objektiv der MG sein erfundenes „obgleich“ als *deren* Widerspruch an. In Wissenschaftstheoretikerkreisen muß die „induktive“ Betrachtungsweise von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe ergeben haben, daß es kein Pech, sondern ein Glück ist, ins „soziale Netz“ zu fallen. Zumindest im Vergleich, aber auch nur durch den Vergleich mit Elendsgestalten in anderen Ländern stellt sich dann wohl heraus, daß jede Ähnlichkeit dieser Lebenslagen mit Not und Elend in der Realität ausgeschlossen werden muß. Streng induktiv verkünden unsere Realisten:

„Dieses angebliche Wissen über die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bezieht die MG – gemäß ihrer Denkmethode – nicht aus einer Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Realität, auch nicht aus einem Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten. Die Realität ist für die MG grundsätzlich kein Maßstab ihrer Bewertungen.“

Daß wir nicht zur Kenntnis genommen hätten, daß es in Deutschland einen Sozialstaat mit diversen Kassen ebenso gibt wie haufenweise Leute, die auf diese Einrichtungen angewiesen sind, glaubt ihr ja wohl selbst nicht. Soweit wäre eigentlich der Streit um die großspurige „Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Realität“ schon einmal entschieden. Es geht aber eben doch um etwas anderes. Nämlich um die *Bewertung* dieser banalen Tatsache, der wir uns tatsächlich nicht anschließen wollen. Zumal mit dem methodisch vorbildlichen, wissenschaftlich einwandfreien Tip, die Verlaufsformen moderner Armut – die, was auch Realität ist, auch anderen Leuten nicht übermäßig gefallen – nicht einfach einer *Erklärung* zuzuführen, schon wieder ein Streit entschieden ist. Mit der Bewertung, wie wir sie versäumen, ist schlicht das Verbot ausgesprochen, das banale Unbehagen bei der Besichtigung von Leuten, denen es schlecht geht, festzuhalten. Wenn dann noch der geniale Vorschlag ins Spiel kommt, statt einer Klärung der Frage, ob und warum das so sein muß, lieber erst einmal einen Vergleich anzustrengen, ist endgültig jeder Zweifel beseitigt. Dieser Vergleich beruft sich nämlich auf Menschen, denen es noch dreckiger geht – möglichst solche aus der Dritten Welt, mit der die Exportnation nie und nimmer etwas zu tun hat –, damit er auch so ausfällt, wie es einer Bewertung ansteht. Dann sind zwar die paar Realitäten aus dem leidigen Sozialbereich garantiert kein Grund mehr, an der lieben Bundesrepublik herumzukritisieren. Denn es wurde ja bewertet und nicht erklärt. Fraglich ist nur, ob sich nicht die Bewertung insofern von der Realität mehr entfernt, als es tausend MGler in 20 Jahren je fertig gebracht haben. Denn eines steht fest: Durch die Bewertung geht es ja keinem besser; aber darauf kommt es der leicht verbesserten Sicht des deutschen Sozialwesens ja ohnehin nicht an.

Soviel zu den verschiedenen Weisen der Berücksichtigung der Realität. Und zu dem unverschämten Versuch, unserem Denken zwar keinen Fehler, aber ganz viel Abartigkeit nachzuweisen.

Überhaupt: Das Menschliche

Bei den Mitarbeitern des Innenministeriums ist man der Auffassung, daß es uns ziemlich fehlt. Zaghafte Hinweise auf durchaus vorhan-

dene Leidenschaften, wie Biertrinken und Anknüpfen geschlechtlicher Kontakte, können nichts daran ändern. Wir sind abgrundtief zynisch, achten keine Ideale und Werte, glauben also genau genommen an nichts.

Ein „unverwechselbarer, von beißendem Zynismus und belehrender Überheblichkeit geprägter Stil“ zeichnet schon unsere Sprache aus. Das ist furchtbar leicht zu sehen, für den, der es sehen will. Wenn ein um die Sicherung der Arbeitsplätze besorgtes Management seinen Sprecher verkünden läßt: „Wir müssen abspecken!“, macht sich kein Geisteswissenschaftler der Nation gemeinsam mit gewissen Behörden die Sorge, ob da nicht vielleicht ein von beißendem Zynismus beseelter Verein besondere Beachtung verdient. Wenn aber die MG, einfach mal zur Abwechslung, die *Realität* zitiert und schreibt: „Ein Konzern senkt den cw-Wert seiner Belegschaft“, dann ist beißender Zynismus am Werk. Und der verdient jede Menge Aufmerksamkeit, die natürlich ganz der Menschenwürde verpflichtet ist.

„Ein typisches Beispiel für diesen Zynismus lieferte ein MG-Pamphlet aus dem Jahr 87. Dort heißt es:

‚Zwei Millionen Arbeitslose

– keiner will sie

– keiner braucht sie

– jeder beklagt sie‘

Nachdem die MG so ihre Verachtung für zwei Millionen menschliche Schicksale bekundet hat – Arbeitslose werden hier nur in Kategorien von Brauchbarkeit und Nutzen, wie beliebige Gegenstände bewertet – dient sich die Gruppe an, den arbeitslosen ‚Proleten‘ Grund und Zweck ihrer Existenz zu erläutern:

‚Warum & wozu gibt es sie dann?‘ “ (43)

Wir sind uns nicht ganz sicher, auch das gibt es bei uns, wie wir dieses Beispiel für die Sicherheit, daß es sich bei uns um eine zynische Bande handelt, bewerten sollen. Auf jeden Fall paßt die ganze Sache nicht zu dem Vorwurf, wir würden uns weigern,

„auch nur Ausschnitte der Wirklichkeit zu erfassen: unbeeindruckt von der Realität predigt er die Ergebnisse seiner ‚Ableitungen‘...“

Eher schon sieht es so aus, als hätten da gewisse überhebliche MGler schlicht einen saftigen Ausschnitt aus der landesüblichen Wirklichkeit *kopiert*, in der offenbar fehlgeschlagenen Absicht, andere Leute darauf aufmerksam zu machen, wie der landesübliche Zynismus in Sachen Arbeitslose beschaffen ist. Nachdem die ethisch fundiert argumentierenden Intellektuellen das nicht verstanden haben, müssen wir uns fragen, ob wir nun überheblich oder sie leicht auf den Kopf gefallen sind. Denn das zieht sich durchs ganze Pamphlet des Stasi-West durch: Die eher einfältige und gar nicht überhebliche literarische Technik zu sagen, wie es ist, bzw. wie es die Verantwortlichen sagen, ist diesen Trotteln einfach nicht verständlich. So kommen sie darauf, den real existenten Umgang mit den Arbeitslosen ausgerechnet uns in die Schuhe zu schieben, nur weil wir ihn hersagen. Nach der eigentümlichen Logik, daß nicht die Verhältnisse brutal sind, sondern diejenigen, die die Brutalität beim Namen nennen. Diesen Anwälten der Menschenwürde hätte es auch nichts geholfen, wenn wir als vierte Zeile hinzugefügt hätten: „Alle bedauern 2 Millionen menschliche Schicksale.“

Darum ist es nämlich gegangen. Um die Charakterisierung der öffentlichen Heuchelei, die

Arbeitslosen betreffend, einer Heuchelei, die maßgeblich von denen betrieben wird, die „Verantwortung tragen“. Von denen, die darauf bestehen, daß jeder Arbeiter, der sein Geld verdient, ihnen für die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes zu danken hat. Die umgekehrt ebenso darauf bestehen, daß sie Entlassungen 'nicht verhindern' können, weil die Sachzwänge des Marktes, über die sie selber gebieten, es ihnen verwehren würden. In der Abteilung „Warum & wozu gibt es sie dann?“ haben wir im übrigen dargelegt, was wir für Antworten auf diese Frage haben – und solange die mitschreibenden Observanten, die auf dieser Veranstaltung anwesend waren, zu blöd sind, die Richtigkeit unserer Antworten zu überprüfen, weigern wir uns, den Vorwurf des Zynismus zu akzeptieren.

Auch der andere Vorwurf an den MG-Agitator

„die Forderung, darzulegen, wiedem Kritikwürdiges abgeholfen werden könnte, wird er ebenso zurückweisen wie Zumutungen, für die Verbesserung der kritisierten Wirklichkeit Verantwortung zu übernehmen“ –

ist äußerst ungerecht. In Sachen Abhilfe haben unsere Antworten auf das Warum & Wozu erschöpfend Auskunft gegeben. Das hat aber nur dazu geführt, daß unsere Kritiker die letzten wären, uns überhaupt ein Gramm Verantwortung zuzugestehen. Wieder nicht verstanden? Na gut. Dann soll hier wenigstens einmal erwähnt werden, daß die MG über Jahre hinweg ihren Beitrag zur Sicherung einer Reihe von Arbeitsplätzen geleistet hat – in den Reihen derer, die sich mit ihr so aufmerksam befassen durften. Aber vor lauter Observation halt doch alles verpaßt haben, was an uns interessant ist.

Was die Verbotsfanatiker vom Stasi-West unter „Kritik“ verstehen

Daß eine Behörde der Staatssicherheit besser die Finger von so heiklen Dingen wie „sprachliche und normative Aspekte der MG-Agitation“ gelassen hätte, wird selbst blutigen Laien an folgenden Stilblüten klar:

„MG-Sprache ist stark mit Adjektiven, Adverbien und sonstigen Füllwörtern angereichert.“

Erstens muß man sich fragen, was nun daran schon wieder schlimm sein soll. Zweitens fällt der Vorwurf auf die Kritiker selbst zurück. In manchen Sätzen der staatlich subventionierten Hetzschrift kommen benannte Wortarten gleich mehrfach vor. Zuzugestehen ist nur eine gewisse Beschränkung auf das Adjektiv 'zynisch', das ein paar Seiten lang auf Kosten anderer schöner Wörter dominiert. Gänzlich unverständlich werden die Bemerkungen über gewisse Umständlichkeiten in unserem Satzbau, die sich wie ein Ratgeber zu effektiverer Agitation lesen. Den können wir nun leider nicht mehr beherzigen, die guten Ratschläge aber zurückgeben. Schreibt doch das nächste Mal einfach: „MG böse!“, und fertig ist die Laube.

Dieser Rat ist ernst gemeint. Denn jedesmal, wenn die „Themen zur Inneren Sicherheit“ zum Beweis schreiten, wird zwar nicht ihre Sache, wohl aber der Beweis peinlich.

Dazu eine Vorbemerkung. Um einer Organisation ihre *Verfassungswidrigkeit* nachzuweisen, bedarf es keiner Wissenschaft. Das Geschäft, das hierzu vonnöten ist, beschränkt sich auf ein ödes Vergleichs- und Subsumtionsverfahren, ergänzt durch eine schlichte Entscheidung darüber, ob man sie gewähren läßt oder wegpupzt. Die gesamte Durchführung beruht

auf der Anwendung von Gewalt, die ihre Prinzipien und Anwendungsregeln rechtlich formuliert.

Um eine Organisation zu *kritisieren*, muß man sie erst einmal kennen. Begreifen, aus welchen Gründen heraus sie ihrer Sache nachgeht, um dann, mit solchem Wissen (sic) ausgestattet, die Vorhaben und Zwecke des Vereins mit seinen eigenen Interessen zu vergleichen und seine Entscheidung zu treffen. Falls diese Entscheidung wider die Organisation ausfällt, hält man ihr seine Kritik vor, begibt sich in einen Streit und sucht ihn zu bestehen.

Diese Vorbemerkung wollte einerseits auf den kleinen Unterschied zwischen *Verbot* und *Kritik* hinweisen, andererseits festhalten, daß Fanatiker eines Verbots in der Pose von Kritikern eine außerordentlich schlechte Figur abgeben. Ausgerechnet an einem Aufsatz über Kritik, ausgerechnet an seinem Schluß, der mehr mit Hegels Urteil des Begriffs zu tun hat als mit innerer Sicherheit, wollen die intellektuellen MG-Hasser herausgefunden haben, daß man die MG auch mit Argumenten, die von ihr selbst stammen, *wohlbegründet* absägen kann.

„Entweder ich teile den gewußten Zweck der Sache (...), aber ihr Zweck ist schlecht verwirklicht. (...) Die Sache entspricht nicht ihrem Begriff. Sie ist an sich in Ordnung, aber ihre besondere Ausprägung ist unvollkommen – gemessen an ihrem Begriff (...). Kritik ist dann das konstruktivste Geschäft der Welt.“

Von ihren Anhängern erwartet die MG hingegen nicht ‚konstruktive‘, sondern kompromißlos ‚destruktive‘ Kritik:

„Oder das Wissen um die Sache offenbart etwas ganz anderes. Ihr Zweck steht im Gegensatz zu meinem Interesse, die Unangemessenheit meinem Anliegen gegenüber ist notwendig (...). Die Sache hat nicht einen Mangel, der in meinem Interesse zu beheben wäre, sondern sie ist der Grund meines Schadens. Man macht sich dann besser nicht zum Anwalt ihrer Verbesserung, (...) sondern zum Anwalt ihrer Beseitigung.“ (MSZ 3/89)

Welche Art der Kritik sich auf einen Sachverhalt anwenden läßt, hängt nicht zuletzt vom Werthorizont des Kritikers ab. Man kann z. B. der MG zum Vorwurf machen, daß sie im Sinne einer revolutionären Organisation nicht richtig funktioniert (‚konstruktive‘ Kritik) oder man kann gute Gründe anbringen, dieser Organisation, da sozial-schädlich, keinen Bestand zu wünschen (‚destruktive‘ Kritik). Die Entscheidung für die zweite Möglichkeit ergibt sich bei diesem Beispiel problemlos aus dem Werthorizont der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Also muß es auch einen Wertmaßstab geben, der für die MG eine Beseitigung von Freiheit, Gleichheit und Demokratie wünschenswert erscheinen läßt. Diesen Wertmaßstab gilt es zu finden; er liegt offenbar in den politischen Zielen der Gruppe begründet.“ (46)

Das zumindest muß man den Rechenkünstlern, die da aus dem wissenschaftstheoretischen Ghetto herausgetreten sind, bescheinigen: Sie sind anpassungsfähig. Eine Argumentation, die über Kritik handelt und zwar ausdrücklich so, daß sie das Wissen um die Eigenarten und Notwendigkeiten des kritisierten Objekts zur Bedingung dafür erklärt, daß die *Kritik* eine begründete – und nicht eine willkürliche, einer Laune oder einem Standpunkt, einem Vorurteil geschuldete – ist, gefällt ihnen. Plötzlich vergessen sie, daß für sie Wissen überhaupt nicht existiert, es sei denn in der Anmaßung antidemokratischer Elemente. Sie übergehen das Wort und die mit ihm verbundene Forderung, die überhaupt den ganzen Witz des zitierten Artikels ausmacht, um eines

festzuhalten: daß schließlich auch MG-amtlich zu Protokoll gegeben ist, daß beim Kritisieren immer *gemessen* wird, und zwar von einem Standpunkt aus. Damit ist nicht nur die ganze erste Hälfte des zitierten Artikels erschlagen und vergessen; damit ist auch genau der Standpunkt eingenommen, den besagte erste Hälfte des Artikels als Grundlage der Dummheiten, Naivitäten und Gemeinheiten moderner Kritik vorführt. Aber eben nicht nur das. Es würde ja gar nichts ausmachen, wenn die Ghostwriter von Lochte & Co. einen Artikel der Marxistischen Gruppe nicht verstanden hätten. Der Gipfel der „Anwendung“ einer theoretischen Äußerung von uns besteht darin, daß unter perfekter Mißachtung des Inhalts des Zitierten – auch eine Art der Nicht-Wahrnehmung von Realität – MG-Äußerungen zur methodisch kontrollierten Rechtfertigung einer MG-Liquidierung herangezogen werden.

Dieses Kunststück bringen tatsächlich nur Leute fertig, die sich die Frage vorgelegt haben, ob man der MG „Bestand wünschen soll“. Unter dem Vorwand, mit *Argumenten* der MG prüfend umzugehen, wird eben jede Wortmeldung dieses Vereins nur nach dem oben genannten Gesichtspunkt der Verfassungswidrigkeit besichtigt. Deshalb auch die lockere Abwendung vom „Wissen“, das im Zitat vorkommt, zum „Werthorizont“, der „nicht zuletzt“, also ganz zuerst entscheidet, wen man ins Unrecht setzt. Nicht theoretisch.

Die Sicherheit bezüglich der Existenz eines „Wertmaßstabs, der für die MG eine Beseitigung von Freiheit, Gleichheit und Demokratie wünschenswert erscheinen läßt“, kündigt von zweierlei: einem Versäumnis und einer Absicht.

Das Versäumnis besteht darin, daß diese Sophistiker des Verfassungsschutzdenkens, diese 'Ich-weiß-daß-ich-nichts-weiß-Säuberer' einfach bei der Bestandsaufnahme der Realität versagt haben. Mehr noch bei der Erklärung dessen, was sie selbst einmal als „Widrigkeiten der Welt“ locker erwähnen. Wer auf die FDGO nichts kommen lassen will, der weigert sich auch auf Teufel komm raus, ihr das anhängen zu lassen, was der ihr verpflichtete Staat mit seiner Währung, seinem Genscher, seinem Beitrag zur Weltordnung, zur alten wie zur neuen, mit seinem Giftgas und Lomé-Abkommen, mit seiner nahost-militaristischen Wiedergutmachung und überhaupt mit seinem Export und Import, Umwelt eingeschlossen, daheim und in der Welt anrichtet. Also nichts mit Wertmaßstab. Die Geschädigten von „Freiheit, Gleichheit und Demokratie“ reichen voll und ganz, um ihnen keinen Bestand zu wünschen. Spätestens dann, wenn man weiß, daß die Schäden von diesen drei großen Werten, verkörpert in ein paar mächtigen Staaten, ausgehen. Aber jetzt kommt sicher wieder die Leier mit dem Wissen...

Die Absicht zielt auf die Behebung eines ganz anderen Versäumnisses: Mit der Feststellung, daß die MG die braven Werte aller anständigen Macher und Mitmacher der freien Welt ablehnt, ist das eigentliche Motiv für die feststehende Niedertracht erst noch auszumachen. Wie in jedem ordentlichen Gerichtsverfahren gehört zur Handlung eben ein Vorsatz – andernfalls der Inkriminierte wegen Fahrlässigkeit billig davonkommt. In diesem Vorsatz entdeckt dann selbst das Bundesinnenministerium, mit welcher Sorte Feind es zu tun hat. Das wäre ohne die Mitwirkung von professoralen Kammerjägern nicht möglich gewesen.

Die wirkliche Bedrohung: Die Brutallos ante portas

Es ist guter Brauch in der Demokratie, daß man Kritiker fragt, wie sie es mit der Gewalt halten. Da nützt es dann gar nichts, wenn die Kritiker entgegnen, nach ihrem Geschmack gäbe es von diesem hohen Gut schon viel zu viel. Die Frage ist anders gemeint.

Nämlich gar nicht als Frage. Denn was da als „letztes“ Kriterium daherkommt für die Entscheidung, welchen Kredit man den Kritikern einräumt, gerät schlicht zum ersten und einzigen. Es zeugt davon, daß die Fragesteller *unbekümmert* um Argumente und Gründe von Leuten, die alles mögliche geändert sehen möchten, der Kritik nur dann eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen, wenn sie garantiert nicht „mit Gewalt verbunden“ ist. Und das ist, gelinde gesagt, eine Heuchelei, aber eine in praktischer Absicht. Da wird so getan, als wäre jede ansonsten noch so wohlmeinende Absicht verwerflich, wenn zu ihrer Verwirklichung Gewalt zum Einsatz kommt. Das Schöne an dieser noblen Einstellung ist, daß ihre Verfechter zielstrebig darauf verzichten, ihren radikalen Test anderswo als an Gesellschaftskritikern und vielleicht zusammen mit ihnen an den maßgeblichen Instanzen der Gesellschaft durchzuführen, zu der sie stehen.

Statt dessen ist sowohl den Herrschaften aus Politik und Wirtschaft als auch den Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur etwas ganz anderes geläufig. Die Ordnung, in der sie das Sagen haben, gilt ihnen mit ihren Verkehrsformen, ihren ökonomischen Zielen und Mitteln als so heilig und hochwertig, daß zu ihrer ‚Verteidigung‘ ganz viel Gewalt legitim ist. Ohne den geringsten Anflug von schlechtem Gewissen *bekennen* sie sich im Inneren der Gesellschaft zur Wahrnehmung des Gewaltmonopols, wo immer sich jemand störend bemerkbar macht. Dazu erfinden sie an Universitäten sogar ein „unwertiges“ „Menschenbild“, demzufolge die ganze Meute der Untertanen von demokratischen Staaten konsequent faustrechtlich aufeinander losgehen würde, wenn nicht ... Mit dem besten Gewissen der Welt befürworten sie die Beschaffung und den Einsatz von Gewaltmitteln für die Durchsetzung der Sache von „freedom & democracy“ auf dem ganzen Globus – und müssen noch nicht einmal befürchten, daß der Ruf dieser Sache bei ihren Völkern darunter etwas leidet. Bei der Besichtigung anderer Staaten, die ihnen mit der Verfügung über dieselben Mittel in die Quere kommen, die es gar wagen, ihre Kriegsmaschinerie in Marsch zu setzen, werden sie dann wieder Kritiker der Gewalt; und die Ergebnisse der Waffengänge, die natürlich des zielstrebig mit „Gewaltlosigkeit“ verwechselten lieben Friedens wegen stattfinden, heißen „Weltordnung“ oder so ähnlich.

Kurz: Nichts, aber auch gar nichts in der stets mit ihren „Werten“ Freiheit und Gleichheit charakterisierten Welt funktioniert ohne den dauernden Gebrauch von Gewalt. Überall, von der häuslichen Pflege des Rechts bis zu weltpolitischen Großaktionen, die die auswärtigen Rechte gewisser Nationen sichern, ist sie am Werk. Und niemand stört es, außer eben ein paar Kritiker. Genau umgekehrt dürfen sich diese ein hemmungsloses Bekenntnis zur Gewalt nach dem anderen anhören – und *sich* die Gewaltfrage stellen lassen. Wenn dann folgendes geschieht:

„Die MG bekennt im übrigen offen, daß die Beseitigung des bürgerlichen Staates nach ihrer Einschätzung nur gewaltsam möglich sei: Auf einem Teach-In ‚Marxismus und Gewalt‘ im Sommer 1989 erklärte MG-Hauptagitator Karl Held dazu ganz unverblümt (‚Was jetzt kommt, ist zum Mitschreiben für den im Saal anwesenden Verfassungsschutz gedacht‘): Marxisten beantworten die Frage, inwieweit Gewalt angewendet werden dürfe ausschließlich nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten. So sei das Bombenlegen durch Terroristen als idiotisch zu beurteilen. Gewaltanwendung sei erst in einer revolutionären Situation lohnenswert und notwendig.“ (48)–,

dann wird nicht etwa die Zurückhaltung honoriert, die sich da im Vergleich zu den Befürwortern des Systems weltweiter Freiheit offenbart. Da hilft es gar nicht, daß da welche auf die *Er-gänzung* der Gewaltorgien um noch ein paar Schlachten keinen Wert legen; weil sie nämlich nur das Nötige, das aber schon in Betracht ziehen, um dem ausgiebigen Gebrauch der Gewalt ein Ende zu setzen. Was sie mit „revolutionärer Situation“ umschreiben, ist im übrigen überhaupt kein Geheimnis. Wenn nämlich ihre Kritik von denen für die brauchbare Formulierung ihres Interesses gehalten wird, die unter dem famosen System unserer Tage immer etwas zu kurz kommen, kracht es ohnehin schon wieder. Und zwar schlicht deswegen, weil sich gewisse Abteilungen der Demokratie gar nicht dem „Druck der Straße“ beugen und das Volksbegehren mit einer Verfassungsänderung samt Rücktritt beantworten. Für solche Fälle hat jede Demokratie ihre Schubladen mit Plänen darin. In diesem Fall – soweit geht das „unverblümt“ Bekenntnis – kann sich der Hauptagitator einfach auch nichts anderes vorstellen.

Wie gesagt, solche Zurückhaltung wird nicht gewürdigt. Genauso wenig würde die Beteuerung, man sei allemal auf eine „friedliche Revolution“ aus, etwas nützen. Daß die Verfassungsänderung, die Kommunisten wollen, völlig automatisch und gerechterweise dazu, die *Macht des Rechts* auf den Plan ruft, das außer Kraft gesetzt werden soll, wissen die Fragesteller selbst am allerbesten. Freudig würden sie uns entgegenschmettern: „Geht gar nicht ohne Gewalt!“ – und der Dialog wäre auch wieder zu Ende.

Und zwar mit dem einzigen Ergebnis, dessen er von seiner Anlage her fähig ist: Diejenigen, denen die sinnige Gewaltfrage gestellt wird, sind als *Anwendungsfall der amtierenden Gewalt* vorgesehen, sonst nichts! Mit dem Abschluß des demokratischen Lackmus-Test ist auch die ganze komplizierte Ermittlung abgeschlossen, die auf die Feststellung der Verfassungswidrigkeit geht. In dem genialen Dokument, das über die MG vorliegt und nur wegen des abgeschlossenen Tests herauskam, ist freilich noch lange nicht Schluß. Weil nämlich die Herren Mitarbeiter – Frauen trauen wir aufgrund unserer guten Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht solche Anfälle von Haß einfach nicht zu – von der Sektion Geist den staatlichen Befund unbedingt durch einen Beweis legitimieren wollen. Der zeigt, warum wir es *verdienen*, als Feind ansehnlichen Kalibers behandelt zu werden.

Wer Werte kritisiert, frißt auch kleine Kinder!

Getreu dem bei Geisteswissenschaftlern verbreiteten Aberglauben, das *Recht* sei nicht das banale Regelwerk für das, was die *Staatsgewalt*

zu richten sich aufträgt (Achtung ihr Verfassungsschützer: Das war jetzt Adorno-Stil!), sondern recht eigentlich die Vollstreckung der *Moral*, der sich jedermann verpflichtet weiß, findet ein Tribunal statt. Die MG wird daraufhin begutachtet, was ihre Aussagen im Lichte der von allen Menschen guten Willens geteilten menschlichen Werte für ihre Be- und Verurteilung hergeben.

Da trifft es sich erst einmal gut, daß wir uns gerade zu Fragen der Werte und ihres Verhältnisses zur Realität, zur gewöhnlichen Praxis in der Welt des Schachers und der Macht sehr eindeutig geäußert haben. Freiheit und Gleichheit z.B. haben wir des öfteren gar nicht erst als Werte hochleben lassen, wie es sich für zivilisierte Einwohner des wilden Westens gehört. Statt dessen hingeschrieben, daß es sich um sehr schlichte, durch Gewalt hergestellte und bewahrte, Verkehrsformen des bürgerlichen Eigentumsverteilungsparadieses handelt.

Dasselbe haben wir an dem Wert „Frieden“ verbrochen: mit einer ausführlichen, über Jahre hinweg fortgeführten Bestandsaufnahme der „Realität“. Herausgekommen ist eine herbe Enttäuschung über den stets so hoch gehandelten „Weltfrieden“ – ein Zustand der uns gleich in mehrerer Hinsicht keinen Anlaß zur Freude gibt. In diesem Zustand gehören staatlich-völkerrechtlich organisierter Mord und Totschlag zur Tagesordnung; gehungert und gelitten wird so sehr, daß selbst der Bundeskanzler einmal an einem Afrika-Tag noch vor der Unterzeichnung des nächsten Lomé-Abkommens einen Hunderter in eine Büchse getan hat. Und was das Schönste ist – Kriege größeren Formats sind wegen „unserer“ Interessen ständig im Programm, ohne daß die Interessenvertreter oder die Rüstungsfabrikanten vor dem Weltfrieden erschrecken würden. Im Fall Irak ist im freien und gleichen Westen ein „Hurra“ zum Krieg ausgebrochen, das nur durch spezielle deutsche Berechnungen, die sich allerdings nicht auf Geldspenden auswirkten, etwas versaut wurde. Inzwischen hat sich das wieder gelegt und ganz viel Gewalt für die neue Weltordnung wird in Amerika und Europa zusammengestellt.

Diesen real existierenden Zynismus des Weltgeschehens haben die Freunde von der Sitte *uns* übelgenommen. Und einmal auf die Fährte unserer „zynisch-menschenverachtenden Agitation“ gestoßen, sind sie in noch viel gravierenderen Fällen fündig geworden. Im Norden der Republik haben es MGler gewagt, dem Fanatismus zu widersprechen, der im Namen des „Lebens“ forderte, auf jeden Fall behinderte und zu mehr als bloßem Leben nicht fähige Kinder zur Welt zu bringen. Sie haben dabei ausnahmsweise nicht mehr Verständnis für die Abtreibung in solchen Fällen gezeigt, als es unser Rechtsstaat und seine Ethik-Kommissionen bisweilen auch tun – und dennoch:

„Von solchen Auffassungen bis zur Forderung nach Vernichtung ‚unwerten Lebens‘ scheint nur ein kleiner Schritt zu sein.“ (52)

Nachdem wir die Theorie und Praxis der ökologischen Bewegung einer ausführlichen Betrachtung nach der anderen unterzogen hatten, konnten wir nicht umhin auszusprechen, was uns an der Sorge um die „Umwelt“ mißfällt. Erst recht dann, wenn sie höchst offiziell in einem Ministerium dieses Namens praktisch tätig wird. Unsere Bestandsaufnahme der Realität hatte ergeben, daß zwar mit der Aufnahme der Rubrik „Umwelt“ in die politischen Dis-

kussionen, in die Parteienkonkurrenz und ins Kabinett der *Skandale* immer mehr werden. Daß aber der Verbrauch der natürlichen Lebensbedingungen durch das weiterhin freie und gleiche Geschäft der Marktwirtschaft überhaupt *nicht gebremst* oder gar *verhindert* wird, daheim und auswärts. Das führt bei den Gutachtern zu dem messerscharfen Schluß, daß wir dann wohl

„...ökologische Fragen für belanglos halten.“

Dieser aller modernen Moralität ins Gesicht schlagenden Rücksichtslosigkeit sind sie in denkbar origineller Weise auf die Schliche gekommen. An anderer Stelle und recht häufig haben wir die logischen Schnitzer aufs Korn genommen, durch die die Notwendigkeit des Kapitalismus mit dem Argument der Knappheit bewiesen werden soll. Es wollte uns nicht recht einleuchten, sich „die“ Wirtschaft als einen mehr oder minder raschen *Verbrauch* von Ressourcen, die unter die Menschheit verteilt werden, vorzustellen; um dann auch noch und gerade die flotte *Produktionstätigkeit* des modernen Kapitalismus auf der ganzen Welt als *die passende Antwort* durchgehen zu lassen, die das „Knappheitsproblem“, akademisch und reiflich überlegt, erzwingt. Wir haben unserer Auffassung Ausdruck gegeben, daß an solchen Theorien nichts stimmt – weder die „Prämissen“, noch die „Konklusion“; wir haben den Zusammenschluß des Knappheitstheorems mit dem Wunsch nach Schonung von Erde, Wasser und Luft als Lebensmittel für wissenschaftlich unhaltbar erklärt. Und was entnehmen aus solchen „Einlassungen“ unsere Fahnen von der politischen Sitte? Bei uns käme

„das Phänomen (!) ökonomischer Knappheit nicht vor. Wer dergestalt behauptet, materielle Produktion könne unbegrenzt gesteigert werden, wird auch ökologische Fragen für belanglos halten.“

Selbstredend hat dann die MG auch nichts übrig für den

„...Erhalt der Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen“. (50)

Da dürfte es auch wenig Sinn haben, zu vermelden, daß uns der Quark von wegen „unbegrenzt“ noch nie gekommen ist; daß hier ein paar intellektuelle Spinner nur ihren Einfall von der Knappheit wiederholen und überhaupt nicht mehr wahrnehmen, wie kapitalistisch tätige Instanzen flott und „umweltschädlich“ dazu ihre Produktion steigern, ohne die geringste Rücksicht auf die nächsten Generationen. Am liebsten möchten wir auch noch vorbringen: Nicht einmal die jetzige Generation kann sich halbwegs ernähren unter der Fuchtel der geldwirtschaftlichen Löser des Knappheitsproblems, ihr Idioten!

Aber was hülfe das in einem Schauprozeß, der sich nur um den Nachweis unserer abgrundtief verwerflichen Gesinnung bemüht. Der zeigen will, daß wir von den großen und kleinen Titeln nichts halten, deren Pflege Zeugnis davon ablegt, wie sehr sich ein respektabler Bürger heutigentags um das *Gelingen* der im Grunde vorbildlich eingerichteten freien und sozialen Marktwirtschaft *sorgt*. Die ein ums andere Mal aufgelegte Platte, daß die *Kritiker* des Geschehens wie seiner wohlwollenden Deutungen diese Sorgepflicht vernachlässigen, führt zu einer Liste von *Charaktermerkmalen*, vor denen sich erstens der gebildete Zensor, zweitens die gesamte Öffentlichkeit angewidert abwenden kann. Damit die Zuwendung, die wir durch die Behörden erfahren, aus dem Geiste der

Menschlichkeit begründet ist, geht es rund durch den Garten menschlicher Lüste. „Solidarität und Nächstenliebe“? Bei der MG Fehl-anzeige, was eben irgendein Gegenteil bezeugt! Die haben ein *Menschenbild*, das nur das Schlimmste befürchten läßt. Sie können sich den Menschen nur als „Materialisten“ vorstellen; „menschliche Eigenschaften, die über materiellen Konsum hinausgehen, will die MG eliminieren“ – lautet die Fortsetzung, und schon steht fest, daß wir unser dem Menschen zuwiderlaufendes Bild von ihm auch auf seine Kosten exekutieren. Wer eines „Sammelbegriffs“ des Typus „Moralkacke“ fähig ist, der ist zu allem fähig. Dazu zählt die MG

„... alle Äußerungen des Gefühls, aber auch humanistische Anliegen, wie z. B. die Ideale der Französischen Revolution.“ (51)

Unter der MG geht es einerseits zu wie im Fernsehen. Da gibt es nämlich immer so feine Filme, wo ganze Planeten an Mannschaften herumlaborieren, denen böse Kommandeure ihr Gefühlsleben verboten haben. Auf der anderen Seite wird das Leben einfach unerträglich. Denn dann hört sich unter beamteten wie aus dem Amateurlager rekrutierten Spitzeln das Französisch-Lernen auf. Nix mehr „égalité“ und so, und schon gar nichts mehr mit dem in diesen Kreisen beliebten Studium der Kriege, mit dem das revolutionierte Frankreich die Umwelt überzogen hat. Es wird die Hölle! Das erste Dekret der drohenden MG-Regierung verbietet allen Opfern ihren Hölderlin, das leise Abklimpeln von Beethoven-Sonaten und – zu allererst: Gefühlsäußerungen! Das zweite ruft auf zu einem Fest: „das größere Fressen für die eigenen Kader.“

Endgültig entlarvt!

Diese Science Fiction einer MG-Herrschaft stammt ausnahmsweise nicht von den Staatssicherheitsgelehrten des Innenministeriums, sondern – bis auf das Zitat am Schluß – von uns. Unser Kommentar ist hier ausnahmsweise nicht zynisch, sondern eher verwundert. Wir haben uns nämlich schon an manches gewöhnt, was die Nachstellungen der Behörden angeht. Auch an vieles, was in der öffentlichen Auseinandersetzung unsereinem an Vorwürfen zuteil wird, die leicht unter dem „Respekt vor der Menschenwürde“ angesiedelt sind. Insbesondere von Seiten fanatischer Hochschullehrer, die teilweise ihre bescheuerten Meriten der Studentenbewegung verdanken. Von denen wurde radikalen Kritikern nie die „Ehre“ einer wie immer streitbaren Auseinandersetzung gewährt. Sondern Invektiven und Ordnungsrufe. Bisweilen auch so matte Zurückweisungen des Typs, wir hätten kein Recht, den Namen der historischen Berufungsinstanz Marx zu führen. Nun sieht die Sache etwas anders aus. Die Redaktion des Innenministeriums hat sich etwas einfallen lassen. Sie hat nur das Dümme aus zwei Jahrzehnten „Kampf der MG“ für würdig befunden, in einer amtlichen Verlautbarung über die MG Platz zu finden. Weil sie es für das Beste erachtet hat. Wenn der Staat der BRD nach einer guten Begründung für seinen Umgang mit den paar überflüssigen, aber vorhandenen und organisierten Kommunisten verlangt – so scheinen da ein paar berufene Geister gedacht zu haben –, so ist die Ernennung der MG zum *Hauptfeind der Menschheit* genau das Richtige.

Das Projekt ist, wie man sieht, gelungen. Hier wird nicht der Witz erzählt, daß, wer Roth

Händle raucht, auch kleine Kinder frißt. Hier wird ernst gemacht mit „Erkenntnissen“, die endgültig niemandem mehr die Wahl lassen. Dem Antrag, einen *praktischen* Beitrag zur geistigen und politischen Hygiene im Lande zu leisten – also endlich einmal etwas zu *tun* für die Lösung eines Problems des Landes, dem sie sich verpflichtet wissen – sind ein paar studierte Beamte mit einem Eifer gefolgt, der uns das Fürchten lehrt. Denn wir wissen gar nicht genau, ob sie die Geschichten von Menschen, die anderen die Gefühle versagen, nicht wirklich glauben. Es ist uns also auch nicht danach zumute, sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen nicht geht. Aber auch nicht danach, zu betonen, daß mancher Mensch beiderlei Geschlechts in der MG seine Gefühle gar nicht so schlecht bedient sah. Vielmehr nehmen wir erschreckt zur Kenntnis, daß die Mär von den *Un-Menschen*, die sich da an die Idylle der real existenten bürgerlichen Gesellschaft zum Zwecke des *Vernichtens* alles Lebenswerten heranmachen, auch noch über einen *Beleg* verfügt:

„Das ihrer Ideologie zugrundeliegende Menschenbild ist ethisch extrem unwertig“ –

so hebt ein Abschnitt in der Stasi-Schrift an, der sich auf die endgültige Beantwortung der Frage wirft, worum es uns nun letztlich ginge. Was man von solchen „ethisch extrem unwertigen“ Menschenbildern zu erwarten hat, verspricht dieser Abschnitt zu klären. Und das geht so:

„Intellektuelle Berührungspunkte scheint es auch mit einer anderen Spielart des ‚Steinzeit‘-Kommunismus zu geben: Sie geht auf ein radikales Revolutionsmodell zurück, das in den 50er Jahren eine Gruppe Studenten aus Indochina unter Führung eines gewissen Saloth Sar an der Universität Paris ausgearbeitet hatte. Es wurde zunächst allgemein für eine Entgleisung intellektueller Sektierer gehalten. Aber mehr als 20 Jahre später setzte Saloth Sar, der sich jetzt Pol Pot nannte, seine Utopie mit äußerster Konsequenz in die Tat um. Unter seinem Regime wurden in der ‚Demokratischen Volksrepublik Kampschea‘ zwischen 1975 und 1979 mehr als eine Million Menschen umgebracht; das Land nach den ideologischen Vorstellungen der ‚Roten Khmer‘ umgestaltet. Handel, Gewerbe und Geldwirtschaft wurden radikal abgeschafft. (Beseitigung der ‚Sachzwänge des Kapitals‘). Die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen mit der Völkergemeinschaft wurden weitgehend gekappt (‚Unabhängigkeit vom Imperialismus‘). Das kulturelle und religiöse Leben des Landes wurde vernichtet (Beseitigung ‚affirmativer Elemente‘ in der ‚Oberflächenbewegung des Kapitals‘). Intellektuelle, die im Verdacht standen, nicht bedingungslos linientreu zu sein, wurden liquidiert, das Schul- und Hochschulsystem zerstört (‚Kritik bürgerlicher Wissenschaft‘). Werkzeug dieses Terrors war eine konspirativ arbeitende ‚Organisation‘ – in die Landessprache übersetzt ‚Angkar leu‘. In ihr entschieden Sachwalter revolutionärer ‚Wahrheit‘, wer zu leben und wer zu sterben hatte. Daß eine solche Politik allen Standards der Moral, der Vernunft und der historischen Erfahrung widersprach, beeindruckte die ideologischen Dogmatiker der ‚Roten Khmer‘ nicht. Pol Pots Stellvertreter dazu 1977: ‚Wir machen etwas, das es in der ganzen Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben hat. Diesem Regime war zur Verwirklichung seiner steinzeitlichen Utopie kein Preis zu hoch; weder Völkermord, noch die Zerstörung der zivilisatorischen Substanz des Landes; ‚Scheitern ist für sich genommen kein Argument, (...) solange man am vorgenommenen Zweck festhält‘.“ (54 f.)

Das sitzt. Und zwar ganz ohne „intellektuelle Berührungspunkte“, die es womöglich zu dieser Kunst der Zuordnung auch noch gibt.

Presse und Volk sind aufgeklärt darüber, wenn sie vor sich haben, wenn einer von der Marxistischen Gruppe einen Zettel verteilt und ein paar Schnitzer der letzten Vorlesung eines Professors der Soziologie, Pädagogik oder VWL erläutert. Da läuft der Anhänger einer „steinzeitlichen Utopie“ herum, der keinen Völkermord scheut. Unwichtig ist, ob der Zettel, den er verteilt, nicht gerade einen Artikel gegen den letzten Völkermord enthält. Da steht dann sicher auch etwas vom „Imperialismus“ drin, und wer sich mit dem anlegt, zwecks „Unabhängigkeit“, will eben nicht nur kleine Kinder fressen. Der läßt auch nicht locker, wenn dabei nichts Großes herauskommt. *Terror* ist seine „Utopie“, und in der Kritik von schönen Histörchen der modernen Volkswirtschaftslehre hat er bewiesen, daß das so ist:

„Welche Konsequenzen eine dergestalt menschenverachtende Politik hätte, ist aus geschichtlichen Erfahrungen mit kommunistischen Diktaturen bekannt. Da die Grundtatsache ökonomischer und ökologischer Knappheit auch von der MG nicht aus der Welt geschafft werden kann, müßte sie die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung auf niedrigem Niveau gleichschalten, um überhaupt ihre Planbarkeit zu ermöglichen. Um in der entstehenden Mangelwirtschaft die zu erwartende Unruhe niederzuhalten und noch bestehende Eigentumsunterschiede zu nivellieren, wäre ein flächendeckender Gewaltapparat erforderlich, der kompromißlos gegen alle Regungen menschlicher Individualität vorgeht.“ (54)

Zugleich ist von der Fahndungsgruppe „Menschenverachtung“ ermittelt worden, daß die in der MG herumsektierenden Typen die Berufsqualifikation zum Pol Pot längst erworben haben:

„Bei MG-Anhängern liegen die zu solcher Gewaltanwendung erforderlichen psychologischen Voraussetzungen vor; sie ergeben sich aus dem zynisch-verächtlichen Menschenbild und aus dem von der Gruppe erhobenen Wahrheitsmonopol. Die Utopie der MG erinnert letztlich an eine radikalkommunistische Zwangsgesellschaft, aus der kulturelle und zivilisatorische Traditionen weitgehend eliminiert wurden.“

Na wenn die Sache so ist, solltet ihr euch besser warm anziehen. Nein, nicht was ihr meint. Die Bundesregierung und andere freiheitliche Staatsführungen haben – aus unerfindlichen Gründen – mitten in der UNO jahrelang die solideste Anerkennungspolitik gegenüber dem von Pol Pot erhobenen Wahrheitsmonopol betrieben. Denen waren die „Regungen menschlicher Individualität“ ziemlich egal, als die Kamputscheaner geschunden wurden. Aber vielleicht wollt ihr bloß davor warnen, daß so was bei uns passiert und die MG die „zivilisatorische Substanz des Landes“ zerstört. Was ja allemal dasselbe ist wie die Beseitigung der „Sachzwänge des Kapitals“.

Diese Warnung ist gut gelungen. Insgesamt weiß man freilich nicht mehr genau, wo die „Realität“ ist, an der die Studiengruppe MG sich orientiert. Aber einfach einmal so – schließlich sind die Verfasser des Schauble-Papiers unbelastet von der anmaßenden Forderung nach „Wissen“, und ein Wahrheitsmonopol haben sie gleich gar nicht zu vertreten – geht das schon. Das Böse hat schon zu allen Zeiten seine Bilder angeheftet gekriegt, die es verdient. Damit die Menschen auch geschreit erschrecken und ihren Staat zum rechtzeitigen Eingreifen anhalten. Insofern geht die Sache eigentlich in Ordnung. Nur noch das Innenleben des Bösen bedarf der interessanten Analyse.

Eine abweichende Meinung organisiert sich – Das kann für den Verfassungsschutz nur eines sein:

Psychoterror in subversiver Absicht

Die MG denkt Böses, will Böses – und hat damit auch noch Erfolg, jedenfalls in den Augen der Staatssicherheitsbehörden:

„Heute sind die meisten linksextremistischen Organisationen, die sich an solchen Vorbildern“ – nämlich wie Pol Pot – „orientierten, entweder zerfallen oder auf kleine Zirkel weniger Unbelehrbarer zusammengeschmolzen. Aus der seit Ende der 70er Jahre anhaltenden Krise revolutionär-marxistischer Zusammenschlüsse ragt die MG als Ausnahme hervor. Seit ihrer Gründung konnte sie die Zahl ihrer Anhänger kontinuierlich steigern. Größere Austrittswellen kennt sie nicht.“ (55)

Der Zerfall der sonstigen „neuen Linken“, die den Sicherheitsbehörden alle Arbeit abgenommen haben, wird als Meßlatte an die MG angelegt; und schon ragen die paar tausend Kommunisten in der Republik in geradezu grotesker Weise hervor: Es gibt sie glatt noch, sie sind noch nicht zu völliger Handlungsunfähigkeit verkommen – und allein das ist dem Innenministerium schon zuviel Erfolg. Weder das Ziel wird ins Auge gefaßt, das die MG sich selbst vorgenommen hat und von dem sie sich verdammt weit entfernt weiß; noch wird irgendein gesellschaftlicher Einfluß des Kommunismus namhaft gemacht, der den Sicherheitsbehörden Sorgen machen müßte. Daß es überhaupt noch Leute gibt, die Marx und die Notwendigkeit einer Revolution vertreten, daß der Kommunismus also insoweit immer noch nicht ganz tot ist: das allein wird vom obersten Staatsschützer als sicherheitsrelevantes Ärgernis definiert. So totalitär verfährt im Jahr 1991 die freiheitliche deutsche Demokratie.

Die Broschüre des Innenministeriums nimmt sich dieses Ärgernis ganz wissenschaftlich vor: „Stabilität und Erfolg der MG“ widmet sie in vornehmer Bescheidenheit den „Versuch einer Erklärung“. Komischerweise gelangt sie mit diesem theoretischen „Versuch“ zu einer Diagnose, nach der die Praktiker der Staatssicherheit schon seit längerem ihre Therapie ausrichten und die MG kaputtmachen – ein schönes Beispiel dafür, wie gut sich der Gestus wissenschaftlicher Bescheidenheit mit unbefangener staatlicher Gewalttätigkeit verträgt.

„Die MG als Sekte“

Sozialwissenschaftlich gesehen liegt beim Zusammenhalten der MG ein Fall von extrem abweichendem Verhalten vor, das nie und nimmer durch die Gründe begründet sein kann, die diese Gruppe für sich und ihr Wirken hat und weiß und öffentlich ansagt. Diese Gründe sind ja als eine Perversion des Denkens und Wollens identifiziert, so daß die Frage sich so stellt: Wie schafft es die MG, ihre Schlechtigkeit stabil und dauerhaft zu machen.

Die Antwort der allerhöchsten MG-Theoretiker des Innenministers ist einerseits entwaffnend schlicht: Die MG tut allerhand, um für ihre Sache Mitmacher zu gewinnen; und was sie tut, ist auch noch ziemlich zweckmäßig: Sie „bietet ihre Agitationsschriften an, um Neugier zu erregen; dies allerdings regelmäßig und in beachtlichen Stückzahlen“; dabei „vermeidet die Gruppe penetrante Missionierungsaktionen“ und „wartet, bis Interessierte freiwillig zu ihr kommen.“ Z.B. an einen Büchertisch,

„an dem kostenfrei oder gegen geringes Entgelt

‘Aufklärung’ über den verwirrenden ‘Unsinn’ der bürgerlichen Wissenschaft angeboten wird.“ „Besuche von öffentlichen Veranstaltungen der Gruppe, schließlich das Angebot, an einem Sympathisantenplenum teilzunehmen, werden sich anschließen.“ (57)

Dort geht es weder um Händchenhalten noch um den Beginn einer hoffnungsvollen Politikarriere mit Wahlkampfeinsätzen und Anschleimen beim Vorstand, sondern um die Vermittlung der Einsichten über die bürgerliche Welt, die die MG für entscheidend hält und mit denen sie ihre Agitation bestreitet; und es wird kein Hehl daraus gemacht, daß das ohne Kritik an gewohnten Ansichten und Heucheleyen nicht abgeht:

„Die MG sucht wahrzumachen, was sie in ihren Publikationen potentiellen Sympathisanten versprochen hatte: den ‘Verlust aller weltanschaulichen und ethischen Fundamente’.“

Wer das nicht mitmachen will, bleibt einfach wieder weg; wer überzeugt wird, bleibt dabei und fängt an, mit den Theorien der MG auch deren Agitationsbemühungen zu seiner Sache zu machen. Beides kostet Zeit; und so bleibt es nicht aus, daß die werdenden Mitglieder ihr Leben ein wenig umorganisieren, „die Gruppe zunehmend mehr in den Lebensmittelpunkt“ rückt und sogar private Freundschaften mit Leuten entstehen, die ungefähr dasselbe wichtig nehmen und unwichtig finden.

In der Tat, so geht es im großen und ganzen zu im wirklichen Leben. Was daran ist pervers und verwerflich?

Im Lichte der feststehenden Aburteilung des politischen Zwecks der Sache: schlechthin alles. Denn weil das Ergebnis unerwünscht ist, muß das, was dafür getan wird, durch und durch schlecht aussehen. Es so aussehen zu lassen, ist die wissenschaftliche Leistung der Broschüre. Denn sie führt den Nachweis, daß nichts, was die Gruppe treibt, einfach bloß das ist.

1.

Wenn die MG sich darum kümmert, daß niemand, der mitmachen will, sich in ihren Absichten und Lagebeurteilungen täuscht, dann geht es ihr nicht um ein kommunistisches Parteilieben, sondern sie erfüllt den Tatbestand einer Sekte. Was das alles Schlimmes bedeutet, entnimmt der wissenschaftliche Sachverstand zunächst einmal der Etymologie des Wortes – ein schönes Beispiel für das gepriesene Verfahren bürgerlichen Denkens, von den Fakten auszugehen und vorsichtig zu verallgemeinern und keinesfalls Deduktionen aus vorgefaßten Urteilen zu versuchen...

Die „MG als Sekte“ – „secatum“, das „Abgeschnittene“ – ist „durch ihre Wertvorstellungen, ihre Denkmuster und ihr Verhalten von der übrigen Gesellschaft abgetrennt“, „bewußt isoliert“, vertritt „Positionen, die in der breiten Mehrheit der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen oder sogar als soziales Fehlverhalten abgelehnt und bekämpft werden“ –, so daß sie sich über schlechte Behandlung also nicht zu wundern braucht; sie bräuchte sich ja bloß nicht so abzusondern. Die banale Tatsache, daß die Vertreter einer abweichenden Meinung erst einmal abweichen, bis sie mit ihrer Auffassung Interesse und Zustimmung finden,

und die betrübliche Tatsache, daß der MG letzteres bislang nicht gelungen ist, werden hier mit Hilfe der Sektendefinition so hingedreht, als wäre die Absonderung geradezu die Sache, um die es den letzten Oppositionellen im Lande eigentlich zu tun wäre. Sehr schlüssig und verständlich ist das für Leute, die ihr Denken von vornherein an dem Maßstab ausrichten, wieviel Anklang sie sich davon versprechen – freilich auch nur für derart hartgesottene Opportunisten. Die verbieten sich dann allerdings auch bei Leuten, die es mit ihrem Denken anders halten, jeden Verdacht, denen könnte es darum gehen, die Mehrheit für eine abweichende Minderheitsmeinung zu gewinnen. Sie betrachten solche Abweichler als Opportunisten mit umgekehrten, negativen Vorzeichen: als Sektierer eben, die die „bewußte Isolierung“ suchen.

„Der zweite Wortstamm, von 'sequor', folgen, verweist auf die Binnenstruktur von Sekten. Diese zeichnen sich durchweg durch ein rigides Verhältnis von Führerschaft und Gefolgschaft aus“ – das inkriminieren die Verfechter gesellschaftlich geläufiger „Wertvorstellungen“, in deren Namen andere anerkannte Spitzen der demokratischen Kultur von ihrem Kanzler in Bonn nichts so dringlich anmahnen wie „Führung“, „geistige“ zumal, weil nämlich im Volk eine enorme unbefriedigte Bereitschaft lebendig sei, geführt zu werden. Es müssen eben bloß die richtigen „geistigen Führer“ ran, nämlich erfolgreiche Parteikarrieristen und nicht etwa „Gurus“, die ihre Führerrolle „religiös-metaphysisch“ begründen oder, was für unsere Staatsschutz-Denker offenbar etwa dasselbe, nur schlimmer ist, „durch Kompetenz zur richtigen“ Auslegung einer angeblich „wissenschaftlichen“ Ideologie.“ Daß das Pochen auf diese Sorte „Kompetenz“ ein einziger Angriff auf jeglichen Führer-Gehorsam ist, können nämlich Leute nicht begreifen, die von vornherein bei 'Verstehen' nichts als 'Gehorchen' denken und bei 'Erklären' automatisch 'Befehlen', und die deswegen sofort die Frage nach der Legitimation dessen aufwerfen, der „etwas zu sagen“ hat – diese Floskel hat bei ihnen eben nur eine Bedeutung.

Damit hat der bürgerlich-demokratische Autoritätsglaube die nötigen Vorzeichen für die weitere organisations-sozio- und -psychologische Analyse des MG-„Erfolgs“ gesetzt: Die MG wäre so etwas wie das negative Spiegelbild des Opportunismus und der Gehorsamsverhältnisse, in denen der bürgerliche Verstand sich wohlfühlt.

2.

Wenn die MG wirbt, dann wirbt sie nicht, sondern verführt. Der „Beweis“ wird an den „Opfern“ geführt:

„Zielgruppe der MG sind in erster Linie Studenten. Bei ihrer Gewinnung macht sie sich verschiedene psychologische Eigenheiten dieser sozialen Gruppe zunutze.“

Das Studieren – diagnostiziert der Innenminister – bedeutet nämlich sowieso eine Umstellung des gesamten bisherigen Lebens, die vielen schwerfällt; allerlei „Widrigkeiten der Massenuniversität“ und schlechte Erfahrungen mit dem wissenschaftlichen Lehrangebot kommen hinzu;

„Orientierungslosigkeit und ein Gefühl der Hilflosigkeit nehmen zu; und an dieser Sachlage setzen die Werbungsversuche der MG an.“ Nämlich mit einem „durchaus entlastenden, weil stark vereinfachten Weltbild“ – offenbar ein unschlagbares

Sonderangebot für „orientierungslos gewordene Studenten.“

Na gut. Lassen wir die Frage, ob die „Orientierung“, die das Innenministerium an vielen Studenten vermißt, weniger stark „vereinfacht“ als das „Weltbild“ der MG. Schenken wir uns den Rückschluß auf die Psyche von Leuten, die schlechte Weltbilder allen Ernstes für eine „Entlastung“ halten. Untersuchen wir auch nicht weiter – wofür die Broschüre sich von vornherein nicht interessiert –, ob die MG zur geistigen Lage der Universitäten nicht vielleicht Stichhaltigeres zu vermelden hat als die Gelehrten des Innenministeriums mit ihrem gehässigen Verweis auf „Dozenten“, die „ihre wissenschaftlichen Steckenpferde zu prüfungsrelevanten Themen erklären“.

Bemerkenswert ist jedoch das Bild, das da von Opfer und Täter einer MG-Verführung entworfen wird. Daß ein Student den Einstieg in die Welt der Wissenschaft als Gelegenheit benutzen könnte, die Selbstverständlichkeiten seiner Kindheit hinter sich zu lassen und sich aus eingesehenen Argumenten freischießen, ist eine höchst problematische 'Last' für die Betroffenen selbst, wenn Studenten der erwünschten „Orientierung“ entgleiten. Ein reichlich totalitärer Anspruch auf korrekter „orientierte“ Köpfe kommt da gleich als Kriterium seelischer Intaktheit und Stabilität daher. Und ganz nach dem Bilde dessen, was der ideologische Staatsschutz von den studierenden Köpfen der Nation verlangt, nämlich „Orientierung“, also einen über Begründungen erhabenen Schematismus des Denkens, nur eben wieder mit negativem Vorzeichen, wird das aufgefaßt, was die MG an die Studenten heranträgt. Die kann noch so beredt gegen das Sinnbedürfnis polemisieren, das sich methodisch seine Befriedigungen strickt: Für die Fanatiker einer staatsdienlichen Sinnstiftung in den Köpfen der Leute ist selbst so eine Polemik nicht das, was sie aussagt, sondern – Sinnstiftung, aber die falsche, also eine Verführung sinnsuchender Seelen.

3.

Wenn die MG unter ihren Sympathisanten für ihre Auffassungen argumentiert und Einwände nicht – tolerant – als belanglose Einfälle abtut, sondern zu widerlegen sucht, dann tut sie nicht das, sondern Böses:

„verlangt sind die vollständige Übernahme der vom Schulungsleiter vermittelten Weltansicht und dementsprechend ein Verzicht auf eigenständiges Denken.“

Bürgerlichen Wissenschaftlern bereitet es eben gar kein Problem, sich das konsequente und komplette Durchdenken der bürgerlichen Welt, das die MG ihren Sympathisanten zumutet, als eine Sache vorzustellen, die die Schulungsteilnehmer gar nicht mehr selber zu leisten bräuchten; so als wären Gedanken Dinge, die einer „übernehmen“ kann wie einen Rucksack. Offenbar sehen sie ihre eigenen Gedanken so und legen deswegen die Ehre des freien Individuums nicht in die Richtigkeit seiner Auffassungen, sondern in die „Eigenständigkeit“, mit der es seinen ideologischen Rucksack gepackt hat. Zwar ist nicht einmal das ersichtlich, inwiefern die MG diese „Eigenständigkeit“ durchkreuzen könnte; daß sie nieman-

den zu etwas zwingt, versichert das Innenministerium ja dankenswerterweise selbst. Aber wahrscheinlich ist das wieder bloß ein MG-Trick, und zwar der allergemeinste: Wer sich darauf einläßt, mit der MG argumentierend zu streiten, ist von dieser Gruppe damit schon um die „Eigenständigkeit“ seines Denkens betrogen worden. Und vollends ehrenrührig ist es, sich überzeugen zu lassen – von einem MG-Schulungsleiter.

4.

Wenn die MG ihre Mitglieder soviel Zeit kostet, wie die für ihre Sache übrig haben; wenn also MGler ihre politische Absicht ernstnehmen und ihr Leben entsprechend umorganisieren; so findet nicht einfach das statt, sondern eine von oben befohlene „Psychomutation“. MGler finden niemals einfache Leute, mit denen sie gut auskommen, und versuchen auch nie einen zweckmäßigen Umgang mit dem freizeithilichen Wohnungsmarkt hinzukriegen – sie werden „aufgefordert, in MG-Wohngemeinschaften zu ziehen. Diese Maßnahme dient der sozialen Kontrolle des neugewonnenen Anhängers“ – anders können sich die Chefideologen des freizeithilichen Familienlebens ein Zusammenwohnen offenbar gar nicht vorstellen; und wo ihnen deswegen „Kontrolle“ einfällt, da unterstellen sie das der MG als – selbstverständlich böse – Zweck. „...bestehende Partnerschaften ... sollen gelöst werden, falls der Lebenspartner sich einer Einbeziehung in die MG verweigert“ – sonst mag es ja in Ordnung gehen, daß Paare „sich auseinanderleben“; aber wo das MGler trifft, liegt schon wieder böse Absicht der Gruppe vor. (Und was ist eigentlich, wenn Pärchen beieinander bleiben: Hat in den Fällen vielleicht auch schon wieder die Gruppe befohlen, den Nicht-MG-Gatten lebenslänglich zu drangsaliieren?) Schlimmer noch:

„Den Sicherheitsbehörden sind Beispiele bekannt, in denen nicht nur Eheleute der Gruppe angehören, sondern auch schon“ – schon? – „deren 17 bis 20jährige Kinder durch Teilnahme an Schulungen in die MG eingebunden sind“ –

dabei gehören sie doch in dem Alter, wie jeder weiß, dem Barras, zum Zivildienst oder in die Junge Union. Vielleicht auch in einen ordentlichen Fanclub oder auf eine Friseurkarriere abgerichtet. Aber wehe, sie lernen kommunistische Gedanken kennen: Dann interessiert sich nicht der Jugendschutz, sondern die Staatssicherheit dafür!

Insgesamt malt die Sicherheitsbroschüre des Innenministers vom werdenden MG-Mitglied das Bild einer fortschreitenden charakterlichen Deformierung, das am Ende noch einmal mundgerecht für den privaten Fahndungsstandpunkt aufbereitet wird, mit dem noch jedes brave Kind bei seinen ersten Gehversuchen außerhalb der Familie, dieser unbedingt ehrenwerten sozialen Kontrollstelle, aneinandergeraten ist:

„Anhaltspunkte für eine mögliche beginnende Einbindung in die MG können sein:

- das Auftauchen der einschlägigen MG-Publikationen,
- Kommentare zu politischen Tagesereignissen mit zynischer Bewertung und in einer bisher nicht gezeigten, belehrend und künstlich intellektualisiert wirkenden Sprache,
- Unwille, auf fremde Argumente einzugehen,
- dogmatisches Beharren auf dem eigenen Standpunkt,
- affektive Gleichgültigkeit gegenüber Ereignissen im familiären und sozialen Umfeld,

- scheinbar unerklärliche Vernachlässigung oder Abbruch bisheriger Sozialkontakte, Auftreten eines neuen Freundeskreises,
- Streßsymptome, ständiger Zeitmangel, verursacht durch regelmäßige 'Termine', über die keine oder nur wenig glaubhafte Erklärungen abgegeben werden,
- Einstellung bisher ausgeübter Freizeitaktivitäten und Hobbies, sofern diese zeitaufwendig waren,
- scheinbar unmotivierter Wohnungswechsel,
- scheinbar unmotivierter Studienortwechsel, verminderte Zugänglichkeit, Neigung zu Mißtrauen und verstärkte Absonderung aus der bisher gewohnten Umgebung." (59 f.)

Es wäre ja auch ein Wunder, wenn Leute mit ein paar gründlich neuen, oppositionellen Gedanken im Kopf nirgends anecken würden. Insgesamt drängt sich bei dieser xyZimmermann-mäßigen Indizienliste allerdings eine andere Frage auf: Wissen diese Sozialpsychologen eigentlich nicht, wie es zugeht, wenn ein Mensch erwachsen wird, sich für sein Leben etwas vornimmt und danach handelt? Daß dann allemal Freundeskreise wechseln, Hobbies ihren Reiz verlieren, manche Zutraulichkeit endet und über manches anders nachgedacht und geredet wird? Ist es „sektiererische“ Ausnahme oder bürgerliche Regel, daß die liebe Familie vom Nachwuchs irgendwann als Geldquelle behandelt wird?

Was da an Indizien namhaft gemacht wird, ist in der Sache kaum etwas anderes als das, was jeder tut, der anfängt, eine Sache wichtig zu nehmen, sei es die eigene Karriere, sei es eine Wissenschaft, sei es der Kommunismus. Wenn aber einer letzteres tut und die Sache der MG wichtig nimmt, dann ist alles ganz anders. Dann schlägt sofort mit aller Härte der sozialpsychologische Sachverstand zu, indem er die normale und jedermann irgendwie vertraute Reihenfolge zwischen einem ernstgenommenen Vorhaben und der entsprechenden Lebenseinrichtung glatt auf den Kopf stellt und die Sache gleich so betrachtet: Die zweckmäßige Einrichtung des Alltagslebens wäre nichts als ein – von „oben“ angeordneter – Kniff und Hebel, um einen Menschen auf die Befolgung eines ihm vorgegebenen, fremden Zwecks festzulegen; als wäre der Umgang von MGlern mit ihrer Freizeit und Privatsphäre nicht eine Konsequenz des Beschlusses, den Kommunismus ernstzunehmen, sondern umgekehrt eine Einbindungstechnik, mit der sie ganz ohne Überzeugung und freie Entscheidung in die Organisation hineingezerrt würden.

Dabei gehört zu dieser sozialpsychologischen Sichtweise noch nicht einmal die denunziatorische Bedeutung, die sie bei ihrer Anwendung auf die MG entfaltet. Denn in allen anderen Zusammenhängen finden die Vertreter dieser Optik es durchaus *normal* und ganz in Ordnung, daß soziale Organisationen so funktionieren, wie sie es der MG unterstellen – daß sie sich nämlich nicht aus einem von allen gewußten und geteilten Zweck bestimmen, sondern den einzelnen per Einbindung den Zweck der Organisation aufnötigen. Bürgerliche Organisationssoziologen und -psychologen empfehlen sich geradezu als Technologen einer sozialen Vereinnahmung, die denkende freie Mitbürger zuverlässig einem ihnen fremden Zweck dienstbar macht; sie verfolgen das Ideal einer Unterwerfung, die wie von selbst passiert, und haben das Kind auch schon englisch getauft: „corporate identity“.

Ihren Auftraggeber, das Innenministerium, würden diese Gelehrten im Prinzip genauso

„analysieren“ wie die MG, nämlich als Organisation, die ihre Mitarbeiter an Loyalität gewöhnt und ihnen ein entsprechendes Selbstbewußtsein eingibt; von Psychomutation“ geschweige denn „Gehirnwäsche“ würde sie da aber niemals reden, weil an einem demokratischen Innenministerium ganz einfach nichts verkehrt sein kann. Sobald sie umgekehrt ihr Ideal einer „korporativen Identität“ auf einen Verein anwenden dürfen, den ihnen ihr Auftraggeber zum Abschluß freigegeben hat, fällt es ihnen auch schon leicht, alles mit den richtigen negativen Vorzeichen zu versehen. Schlagartig ist alles ein Schimpfwort, was sie sonst als funktionelles Erfordernis einer stabilen und erfolgreichen Organisation schlechthin anerkennen und empfehlen. Und das nur, weil dem Innenministerium der Bestand der MG nicht gefällt.

5.

Wenn die MG gewisse politische Aktivitäten unterläßt, von denen sie sich nichts verspricht, dann ist auch das nicht bloß das, sondern ein organisationspsychologischer Trick:

„Ihre Weigerung, die Ideologie einem Praxistest zu unterwerfen“ – ein bißchen Revolution auf Probe, ohne überzeugte Lohnarbeiter, oder was? –, „erspart den Mitgliedern Erlebnisse von Mißerfolgen und Enttäuschungen“ – die ihnen dann offenbar, einfach aus Mildtätigkeit, die Staatsgewalt bereiten muß. „Zudem fordert die Gruppe keine handfesten Beweise revolutionärer Gesinnung“ – vielleicht ja deswegen, weil sie es mit „Gesinnung“ nicht so hat, wenn es um so ernste Sachen wie eine Revolution geht? „Sie zwingt ihre Mitglieder nicht in Konfrontationen mit der Staatsgewalt.“

Sollte sie das etwa? Die Staatssicherheit beantragt mehr Randalen von der MG? Damit deren Mitglieder in völlig unsinnigen Kämpfen bequem fertiggemacht werden können? So ist es offenbar tatsächlich gemeint. Denn jetzt kommt das eigentliche regierungsamtliche Ärgernis:

„Vielmehr ermöglicht sie ihnen, neben einem Leben in der Sekte nach außen die Fassade einer bürgerlichen Existenz aufrechtzuerhalten“ –

wo die Staatsgewalt es doch viel einfacher mit ihnen hätte, wenn sie sich selber in das Unglück stürzen würden, das ihnen so, wie die Dinge liegen, die Geheimdienste der Nation erst umständlich zufügen müssen. Denn das ist mit dem Bild von der „Fassade“ ja schon gesagt, daß die bürgerliche Existenz von MGlern eingerissen gehört, um ihren lebensunwerten Kommunismus zu treffen.

Aber bei der Konsequenz ist die Broschüre noch nicht. Sie rundet erst einmal ihre üble Nachrede ab. Bis jetzt haben die MG-Forscher des Innenministeriums als Apostel einer gesunden geistigen Führung die Werbeversuche der MG als Verführung entlarvt; als Fanatiker einer sauberen Gesinnung haben sie die Überzeugungsarbeit der Gruppe als Gehirnwäsche denunziert; als Technologen eines bedingungslosen sozialen Zusammenhaltens haben sie die gesamte Lebensführung von MGlern als zielstrebige Einbindungstechnik durchschaut; und als Anwälte und Betreuer des gesellschaftlichen Opportunismus haben sie den Mißerfolg der MG, ihre Absonderung, als ihren geheimen bösen Zweck und Erfolg erkannt. Insgesamt haben sie so theoretisch „bewiesen“, wovon die Praktiker der Staatssicherheit ohnehin

ausgehen, weil es im Grunde ja auch so banal ist:

Der „Erfolg“ der MG, zu existieren, liegt an ihren Mitgliedern, die dazuhalten. An die hat das Ministerium sich also zu halten, wenn es mit diesem Überrest von Kommunismus aufräumen will. Und für genau diese Konsequenz liefern die MG-Kundigen im Innenministerium ihre zusammenfassende Diagnose ab, wonach es sich bei einer MG-Mitgliedschaft um einen kaum verbesserlichen Charakterschaden handelt. Nach genau derselben Logik haben vor etlichen Jahren Breschnews Volksüberwacher Dissidenten ins Irrenhaus gesteckt. Schäubles Staatssicherheitsdienstler zitieren lieber freiheitliche Quellen:

„Aus der Erforschung des Sektenphänomens ist bekannt, daß die Persönlichkeitszerstörung durch Einbindung in eine Sekte umso schwerwiegender ist, je länger die Mitgliedschaft gedauert hat. Amerikanische Wissenschaftler gingen schon in den 60er Jahren davon aus, daß die 'Deprogrammierung' – so reden die Anwälte eines freiheitlichen Menschenbilds – „eines Sektenopfers vor Ablauf eines Zeitraums von 4 bis 7 Jahren eingeleitet werden muß, soll sie Aussichten auf Erfolg haben. Die im Zusammenhang mit der MG bekanntgewordenen Erfahrungen scheinen geeignet, diese Annahme zu stützen.“ (59)

So vornehm läßt sich Leuten, die bloß mal ihren Verstand polizeiwidrig gebraucht haben, das Kainsmal anheften: Kommunisten sind unheilbar zerstörte Persönlichkeiten. Der Staatssicherheitsgelehrte kann sich immer hinter sein „scheint geeignet“ zurückziehen. Die Staatssicherheit weiß auch so, an wen sie sich zu halten hat.

„Die MG als Geheimbund“

Nochmal: Und warum soll die Bonner Staatssicherheit sich über die MG hermachen? Wenn das der ganze „Erfolg“ dieser Gruppe ist, wo liegt dann das staatliche Sicherheitsproblem? Bei aller Beschimpfung, bei aller vernichtenden Denunziation der Gruppe und ihrer Mitglieder – der Befund lautet bislang eher: harmlos.

Soll er aber nicht. Deswegen wird dem Bild der kommunistischen Sekte das Gemälde eines Geheimbundes nachgereicht, der im Verborgenen seine Einflußnetze spinnt. Dabei geht man sicher nicht fehl in der Annahme, daß dieses Gemälde auf dem Mist der finstersten Verschwörungsphantasien gewachsen ist. Bloß: Diese Phantasien sind die des Innenministeriums, haben also amtlichen Rang. Und dementsprechend strengen sich die MG-Theoretiker der Bonner Staatssicherheit noch einmal an.

1.

„Den Vorhalt, sie arbeite wie ein politischer Geheimbund, hat die MG stets energisch zurückgewiesen. Sie verwies dazu auf ihre zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen sowie auf die Flut ihrer Agitationsschriften: Eine Organisation, die sich mit solcher Offenheit um die Verbreitung kommunistischer Argumente bemühe, könne man nicht gut als geheim bezeichnen.“

Und: Ist es so oder nicht? Die gesamte Politik der MG hat in dem Versuch bestanden, auf die öffentliche Meinung der Nation und auf die Überzeugungen von Studenten und Arbeitnehmern einzuwirken mit ihren „unwertigen“ Gedanken. Ihre Anstrengungen haben der Agitation vor Betrieben, Schultoren und in Universitäten gegolten. Und weil sie von der

organisierten öffentlichen Meinung – den Medien –, trotz aller Bemühungen auch in dieser Richtung, stets souverän ignoriert worden ist, hat sie sich auch in dieser Sphäre mit der MSZ und Büchern und Flugblättern ihr Publikum gesucht. Mit mehr als solcher „Öffentlichkeitsarbeit“ ist die MG überhaupt nie angetreten – und leider ziemlich abgeglitten am öffentlichen Bewußtsein und aufgelaufen auf den Techniken des Ignorierens, über die eine freie demokratische Medienwelt verfügt.

Aus diesem Mißerfolg dreht nun die Staatssicherheit der MG den Strick. Sie nimmt ganz einfach das Scheitern aller Bemühungen der MG, sich wenigstens als eine Stimme im vielgesehenen Pluralismus des nationalen Geistes Gehör zu verschaffen, als Absicht; völlig jenseits dessen, was die Gruppe wirklich tut, wird ihr eine Strategie unterstellt, im Verborgenen zu wirken.

Und was wirkt die MG da? Das deduziert die Schrift des Innenministeriums Schritt für Schritt aus dem hauseigenen Verfolgungswahn.

2.

Die Einlassung der MG, es sei absurd, ausgerechnet ihr mit ihrem Agitationswesen Geheimbündelei vorzuwerfen, wird, ohne überhaupt darauf einzugehen, mit einer interessanten Deduktion zurückgewiesen – wieder ein schönes Beispiel für die „empirische“ Arbeitsweise, durch die bürgerliche Wissenschaft sich angeblich auszeichnet. Es wird erstens an das Vorhaben der MG erinnert, zu einer Kaderpartei „Leninschen Typs“ zu werden – und keine Massenorganisation in dem Sinn, wie das seinerzeit im linken Gespräch war, nämlich so, daß lauter Leute, die von Kommunismus gar nichts wissen wollen, unter leicht verlogenen Titeln für die Vorhaben der Partei funktionalisiert werden, so wie das demokratischer Brauch ist. Dann wird zweitens darauf verwiesen, daß Lenin von seinen Kadern eine – der Lage entsprechend – „möglichst konspirative“ Arbeitsweise verlangt hat. Und daraus wird – logisch unredlich, aber was heißt das schon – „gefolgert“, daß die MG sich mit ihrem Bekenntnis zum Kaderprinzip automatisch auch zu geheimbündlerischer Praxis bekannt habe. Was zu beweisen war. Dann geht es so weiter:

„Gleichwohl hatten die Kommunistische Partei Lenins 1917 und die MG unterschiedliche Gründe für ihre geheimbündlerische Arbeitsweise. Lenin bekämpfte als Revolutionär das autokratische Regime des Zarismus in Rußland, das ein Recht auf legale Oppositionsarbeit nicht kannte. Die MG hingegen bekämpft die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie weiß auch die Freiheit, die diese Ordnung selbst ihren erklärten Feinden eröffnet, sehr wohl zu nutzen. Ihre geheimbündlerische Arbeitsweise...“ (61)

– worin besteht die jetzt? Hat jemand mitgekriegt, was die MG tut jenseits dessen, daß sie „die Freiheit“ nutzt, die angeblich „diese Ordnung selbst ihren erklärten Feinden eröffnet“? Doch die Deduktion aus Lenin steht; und deswegen geht der Satz einfach so weiter:

„... dient also nicht dem Schutz eines berechtigten Anliegens vor einem Unrechtsregime. Vielmehr dürften andere Gründe ausschlaggebend sein.“

Schön für Lenin, daß die deutsche Staatssicherheit sein revolutionäres Anliegen nachträglich „berechtigt“ findet und sein Sicherheitsbedürfnis dazu. Freilich bekommt er dieses Kompliment nur, damit der Umkehrschluß

klar ist: Das geheime Unwesen, das der deutsche Sicherheitsdienst der MG nachsagt, ist auf alle Fälle unberechtigt – und verdient im freiheitlichen Rechtsstaat ungefähr die Behandlung, gegen die sich Lenin einst hat schützen dürfen. Denn wer vor dem Rechtsstaat Geheimnisse hat, kann schon allein deswegen nicht im Recht sein; oder umgekehrt: Die Demokratie hat das Recht, daß niemand sich ihr gegenüber Geheimnisse herausnimmt. Sie hat eben, im Unterschied zum Zaren, ein Recht auf gläserne Untertanen – so totalitär denken freiheitliche Demokraten.

Fragt sich aber immer noch: Was um alles in der Welt hält der Agitationsclub MG denn eigentlich geheim?

3.

„Die verdeckte Arbeitsweise schützt zum einen die Masse der Anhänger vor Anfeindungen, mit denen die Öffentlichkeit verständlicherweise auf eine Organisation reagiert, deren Ziele sozialistisch derartig unwertig sind wie die der MG.“

Da kommen wir der Sache doch schon mal näher, die der Geheimdienst der Nation der MG unter dem Titel „Geheimbund“ ankreiden will: Es geht gerade gar nicht um ein Wirken im Verborgenen, sondern darum, daß die MGler, die alles für die Verbreitung ihrer „unwertigen“ Auffassungen tun, sich nicht gleichzeitig selber mit Name und Anschrift als „unwertige“ Typen an den Pranger stellen. Sie entziehen sich glatt der Pogromstimmung, die die deutschen Ordnungsbehörden gegen die MG für selbstverständlich und angebracht halten. Und zwar für dermaßen selbstverständlich und angebracht, daß sie sich das Ausbleiben einer allgemeinen öffentlichen MG-Hetze nur schon wieder als ekelhaften MG-Trick erklären können, nämlich so, die MG hätte sich vor der Öffentlichkeit unsichtbar gemacht.

Nun hat wirklich niemand die Medien gehindert, über die „unwertigen“ Auffassungen der MG herzufallen. Der MG wäre das sogar sehr recht gewesen; sie hätte gern mit den offiziellen Meinungsbildnern der Nation um ihre Argumente gestritten. Die Öffentlichkeit hat das Ärgernis MG statt dessen lieber mit Stillschweigen übergangen. Nicht einmal für Geld durften wir, im „Spiegel“ etwa, für unsere Bücher werben. In der Lage baut sich nun das Innenministerium auf und legt der MG zur Last, daß sie nicht zusätzlich zu ihrer Agitation Mitgliederlisten veröffentlicht hat, an denen die Öffentlichkeit sich nach innenministerieller Auffassung liebend gern gütlich getan hätte. Das ist sie: die „geheimbündlerische Arbeitsweise“ der MG.

4.

Die Broschüre wird aber noch deutlicher:

„Zweitens ermöglicht ihre klandestine Struktur der MG, eigene Anhänger unerkannt in staatliche und gesellschaftliche Positionen zu bringen, deren Besetzung sie für ihr revolutionäres Anliegen als nützlich ansieht.“

Jetzt ist es also heraus, was die Staatssicherheit stört: Die MG liefert ihre Mitglieder nicht an das Messer des Berufsverbots, mit dem unser freiheitlicher Staat die Berufsstände, die er mit seinem öffentlichen Dienstrecht ehrt, von „Radikalen“ sauberhält. Sie hält eben nichts von persönlichen Bekenntnissen, die keinen agitatorischen Nutzen und bloß individuellen Schaden stiften, nämlich den Broterwerb gefährden, auf den wahrhaftig auch Kommuni-

sten angewiesen sind. Also verdienen MGler tatsächlich irgendwo unerkannt ihr Geld und widmen sich ihrer kommunistischen Sache bloß in der Freizeit, die ihnen ihr Beruf läßt.

Auf die Frage, ob das in unserem freiheitlichen Rechtsstaat bereits verboten und verfolgungswürdig ist, läßt sich die Bonner Staatssicherheit allerdings gar nicht erst ein. Sie stellt das Problem gleich andersherum vor: Wenn MGler irgendwo ihr Geld verdienen, dann tun sie das nicht als Privatleute, um dann in ihrer Freizeit Besseres zu tun; dann bugsiert umgekehrt die MG ihre Mitglieder in „Positionen“, die sie für wichtig hält. Die individuelle Aufteilung zwischen Broterwerb und Beiträgen zur gemeinsamen politischen Sache, die MG-Mitglieder sich zumuten, lassen die hauptberuflichen Staatsschützer schlicht nicht gelten: Für sie – im Unterschied zur MG und deren Mitgliedern selbst – ist der MGler schlechthin immer im „revolutionären Dienst“.

Diese Sichtweise paßt sehr gut zu einem Geheimdienst, der dank seiner klandestinen Struktur eigene Leute unerkannt in Positionen bringen kann, deren Besetzung ihm für sein Staatssicherungsanliegen nützlich erscheint. Sie paßt genau so gut zu bürgerlich demokratischen Köpfen überhaupt, die sich politische Veränderungen von vornherein bloß als das Werk von Leuten vorstellen können, die staatliche und gesellschaftliche Machtpositionen besitzen. Wenn sie irgendwo nicht paßt, dann für Kommunisten, die die Autoritätsverhältnisse in der Gesellschaft und die Dienstwege der politischen Gewalt außer Kraft setzen wollen. Aber was soll's. Die Broschüre denkt streng in der Logik des staatlichen Verfolgungswahns, der hinter allem, was dem Staatsschutz nicht paßt, eine entsprechende böse Absicht sucht und natürlich (er)findet. Da wird gar nicht mehr gefragt, welchen revolutionären Nutzeffekt die MG sich von ein paar Bediensteten in öffentlichen und anderen Ämtern denn versprechen könnte. Umgekehrt: Wenn irgendwo MGler ihr Geld verdienen, dann ist das schon Beweis genug, daß die MG diese Jobs für „nützlich für ihr revolutionäres Anliegen“ betrachtet. Auf diese Weise kriegt das bißchen Geheimhaltung, das die MG wirklich praktiziert, nämlich die Nicht-Preisgabe von Namen an die Saubermänner vom Berufsverbotswesen, eine völlig absurde Bedeutung: das wäre überhaupt die Sache, um die es der MG ginge; daneben wäre das bißchen Agitation, mit dem die Gruppe sich abplagt und für deren Förderung die Mitglieder Zeit und Geld erübrigen, als unwesentlich zu vernachlässigen.

Gegen diese Konstruktion ist der Verweis der MG auf ihr offenerziges Publikationswesen tatsächlich machtlos. Der Verdacht, es ginge ihr um etwas ganz anderes, hat sich seinen Inhalt erschaffen. Die Banalität der Abschirmung gegen Berufsverbotsgefahren ist zum finsternen revolutionären Geheimnis der MG erhoben: zur Unterwanderungsstrategie eines Geheimbundes.

5.

Bevor die Broschüre aus diesem selbstverfertigten Wahngelbilde die praktischen Konsequenzen ableitet, die die Staatssicherheit längst praktiziert, widmet sie sich noch ein wenig der wissenschaftlichen Verfestigung dieses Bildes einer Organisation, die mit all ihren Öffentlichkeitsaktionen im wesentlichen verdeckt vor der Öffentlichkeit im Geheimen

wühlt. Das ist den Staatsschützern wichtig; denn an dieser Fiktion eines subversiven Geheimbundes hängt überhaupt ihr Urteil über die Gefährlichkeit der MG. Also wird die Fiktion ausgemalt und zunächst mal eine weitere Masche an das alte Etikett „Sekte“ drange- strickt:

„Drittens hat die Organisierung als Geheimbund oder -loge eine wichtige Funktion für den inneren Zusammenhalt der Gruppe: Der MG-Angehörige fühlt sich in ihr als Mitglied einer exklusiven Elite, die über Herrschaftswissen verfügt und unbeugsam gegen eine feindliche Umwelt kämpft. Das verbindet.“

Das für eine radikale Oppositionsgruppe reich- lich seltsame Stichwort „Herrschaftswissen“ löst das Rätsel, woher die Broschüre diese Charakteristik des MG-Selbstbewußtseins be- zieht: Da spricht einer, der zur wirklichen, nämlich herrschenden Elite der Nation gehört und sich deswegen auch für den ganzen schäbi- gen Rest nichts Größeres vorstellen kann als die Einbildung, auch ein bißchen dazugehö- ren – nach diesem seinem Vorbild legt sich der Staatsschutzdenker seinen Feind zurecht. Zum Beweis braucht die Broschüre wieder keine „empirischen Fakten“ zu „verallgemeinern“. Sie schaut sich einfach ein wenig in der Ge- schichte der Geheimbünde um, denen sie die MG zurechnen beliebt, rückwärts bis zu den Freimaurern und wieder aufwärts bis zu der „in Italien in den 80er Jahren ausgehobenen krimi- nellen Geheimloge ‘Propaganda Due’ (‘P2’)“ – letztere hatte zwar nichts Revolutionäres vor, sie bestand aus lauter demokratischen Polit- großen, Militärs, Geheimdienstlern, Bankiers und Pfaffen mit Macht und Einfluß, die beides auch, von wegen „ausgehoben“, im wesentli- chen behalten haben, und sie hat sich auch nie- mals mit Diskussionsveranstaltungen der Öff- entlichkeit vorgestellt – aber das Stichwort „kriminell“ war wohl einfach mal fällig. Mit al- ler nötigen theoretischen Gewalt entwirft die Staatssicherheit aus ihren Lesefrüchten über das Logenwesen im Wandel der Zeiten ihr Bild von der MG, das ihre Bekämpfungsabsicht und sonst gar nichts verrät.

So stellt sich die Sekte, die ein paar Seiten vor- her noch alle ihre Sympathisanten auf die „vollständige Übernahme“ des MG-Weltbilds verpflichtet hatte, im Lichte der Logentheorie der Bonner Staatsschützer am Ende folgender- maßen dar:

„Genau wie die ‘klassischen’ Geheimbünde kennt die MG eine sorgfältig abgestufte Hierarchie der ‘Wissenden’. Sie ist im wesentlichen mit den Schulungsabschnitten für Sympathisanten, Kandidaten und Mitglieder identisch.“

Daß die Aneignung von Theorien ihre Zeit braucht und ihre Abschnitte kennt: diese Ba- nalität ist hier nicht gemeint. Es geht bei der „Hierarchie“, die die Staatssicherheit entdeckt hat, gar nicht um das Wissen, das die MG ihren Mitmachern vermitteln will und das ja, gar nicht geheim und für alle gleichermaßen zu- gänglich, in schriftlicher Form vorliegt, son- dern um Wissen in einem ganz anderen Sinn:

„Die unterschiedlichen Stufen sind sorgfältig von- einander abgeschottet. Den Sympathisanten bleiben Einblicke in die Kandidatenebene verwehrt; sie wissen von ihrem Schulungsleiter grundsätzlich nur den Vornamen. So wird die Mühsal, die bei der MG zum Aufstieg in die nächsthöhere Hierarchie- ebene bewältigt werden muß, psychologisch ge- schickt mit einer Belohnung honoriert: Der Auf- steiger erhält Einblick in eine ihm bis dahin verborg- ene Organisationsebene. Er wird ein Stück weiter

in das Arkanwissen des Geheimbundes eingeweiht und ist jetzt auch den niederen Chargen gegenüber weisungsbefugt.“

Lassen wir das mit der „Weisungsbefugnis“ auf sich beruhen; da müssen die Verfassungsschüt- zer endgültig die Arbeitsteilung in der MG mit ihrer Behördenbürokratie verwechselt haben – so allmählich beschleicht den unbefangenen Leser sowieso der Verdacht, Schäubles Ge- heimdienstler denken sich ihren Feind MG der Einfachheit halber nach dem Vorbild ihrer ei- genen Organisation zurecht. Verzeihen wir den Schreibern auch die Offenlegung ihres bü- rokratischen Seelenlebens, das den Einblick in eine „nächst höhere Hierarchieebene“ glatt für eine „psychologisch geschickt“ eingesetzte „Belohnung“ hält. Bemerkenswert ist die Klarstellung, worin das ganze „Arkanwissen“ der MG eigentlich besteht: bloß darin, sich im Personal und in der Arbeitsteilung der Gruppe auszukennen!

Zu diesem „Wissen“ einmal ein klares Wort: „Geheim“ und übrigens überhaupt wissens- wert ist diese Kenntnis ausschließlich vom Standpunkt des *Spitzels*, der grundsätzlich auch die Nachnamen recherchieren und nach irgendwelchen höchsten und geheimsten Orga- nisationsebenen fahnden soll – wobei ihn übri- gens dort, am Ende aller Mühsal, nichts als die enttäuschende Erkenntnis erwartet, daß die „allerhöchste Ebene“, „die Leitungsebene der MG, von den ideologischen ‘Großmeistern’ der Gruppe geführt“, auch wieder die alleröf- fentlichste und sogar mit Namen und Gesich- tern bekannteste „Geheimmannschaft“ ist. Was sich dem V-Mann als hochkomplizierte „Hierarchie“ und „Abschottung“ darstellt, ist in der Sache wieder nichts als die Banalität, daß ein MGler um so mehr eingemischt ist und Leute kennt, je mehr er mitmacht – für die V- Männer der Staatssicherheit allerdings, das ist zugegeben, verwandelt sich diese Banalität durchaus in eine Ochsentour durch lauter „Ebenen“, die nur allzu selten durch die Auf- deckung von Nachnamen, Arbeitsstellen und dergleichen Wissenswertem mehr „honoriert“ wird.

6.

Angewandte Logen-Kunde und geheimdienst- licher Ausforschungs-Fanatismus treffen sich am Ende in folgendem Scherz:

„Auch die klassischen Logen und Geheimbünde kannten dieses Verfahren der schrittweisen Einwei- hung in immer höhere ‘Grade’ des ‘Geheimwis- sens’ der Organisation. Oft war dies mit einem mys- tisch geprägten Ritual verbunden. Solche Zere- monien hat die MG durch zeitgemäß profanierte Formen ersetzt: Meist erfolgt eine verschärfte ‘Si- cherheitsbelehrung’, die dem Aufsteiger seine ge- stiegene Position in der Organisationshierarchie bewußt machen soll.“

Da hat die MG immer gemeint, sie wäre ihren Leuten in dem Maße, wie die mitmachen, den Hinweis schuldig, wie ungern der Staat so et- was sieht und wie genau und in welcher Absicht er sich seine paar Kommunisten merkt. Da be- stätigt eine ganze Broschüre, von der Verfol- gungspraxis des Verfassungsschutzes ganz zu schweigen, wie richtig sie damit lag. Und dann muß sie zur Kenntnis nehmen, daß der Fach- verstand des Staatssicherheitsministeriums ihr ganzes Tun und Treiben unter diesen kleinen Zusatz subsumiert, ihn zum Inbegriff ihrer Poli- tik erklärt und von ihm her das Handwerk de- finiert, das der MG nun also unbedingt gelegt werden soll!

Vom „Verfolgungs- wahn“ der MG und der Verfolgungs- strategie der Deutschen Staats- sicherheit

„Die bürgerliche Moral ist wie ein Schulmei- ster, der die bösen Buben nicht bloß mit Prü- geln traktiert, wenn sie unartig sind, sondern der auch noch verlangt, daß sie sich melden, wenn ihnen der bloße Gedanke an eine Unart durch den Kopf schießt.“ (Max Horkheimer, Dämmerung, 1934)

Die MG macht kommunistische Politik; der Verfassungsschutz paßt darauf auf; die MG deckt nach Kräften ihre Leute; der Verfassungsschutz spioniert sie mit überle- genen Mitteln aus: So weit, so normal in un- serer FDGO. Die Broschüre des Bundesin- nenministeriums mit ihrem Anliegen, die Notwendigkeit einer MG-Verfolgung zu belegen, beläßt es nicht bei diesem geradli- nigen Verhältnis. Ihre gelehrten Autoren geben sich Mühe, die MG an ihrem Ver- hältnis zum Verfassungsschutz noch extra zu blamieren, und erklären die ganze ge- heimdienstliche Überwachung, der die MG unterliegt – das Fazit füllt seit 1977 ein paar Seiten in den Verfassungsschutzberichten der Nation –, zu einem Spleen der MG. Nicht ohne daraus zu folgern, daß die MG genau deswegen Überwachung auch ver- dient. Weil diese Kommunisten sich nicht direkt bei den zuständigen Landesämtern für Verfassungsschutz mit Lichtbild und Lebenslauf melden, *muß* die Behörde sie mit allen „nachrichtendienstlichen Mit- teln“ (so der offizielle Ausdruck fürs Schnüffel- und Spitzelwesen) *verfolgen*. Einfach genial, diese wasserdichte Ablei- tung der staatlichen Observation aus der Reaktion der Opfer!

„Einen besonders erlesenen Rufals ‘Feind Nr. 1’“ (die Anführungszeichen suggerieren ein Original- zitat) „genießen bei der Gruppe die Verfassungs- schutzämter in Bund und Ländern – tatsächlich ha- ben diese Behörden auch allen gesetzlichen Anlaß, sich umfassend mit den Umtrieben der MG zu be- fassen.“ (64)

Tatsächlich „befassen“ sich die demokrati- schen Stasi-Behörden schon ein paar ent- scheidende Jährchen länger mit uns, als wir ihrem Wirken und vor allem dessen Wir- kungen Rechnung zu tragen versuchen.

Nach dem Radikalerlaß von Bund und Ländern 1972

wurden Studentenparlamentskandidaturen an den Münchener Hochschulen aus den Jahren 1969 ff. in den Anhörungen auf Verfassungstreue Bewerbern für den öffentlichen Dienst vorgehalten.

* 1974 erhielt der im Schäuble-Report als „AStA-Vorsitzender 1971/72“ angeführte Theo Ebel im Freistaat Bayern ein Berufsverbot fürs Gymnasiallehramt, das der VS mit recht detaillierten Daten aus dem „Innenleben“ der „Roten Zellen“ an der Uni München belegte.

Und auch damals schon war der zynische Verfassungshüterspruch, man müsse ja nicht gleich Beamter werden wollen, wenn man keine staats-treue Gesinnung nachweisen kann, für die Praxis des Freistaats alles andere als ein Laissez-faire außerhalb des öffentlichen Dienstes:

* H. L. Fertl verlor 1976 seine Lehrerstelle an einer Münchener Privatschule, weil das Kultusministerium den Arbeitgeber über das Vorliegen „von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes“ informierte und eine Weiterbeschäftigung nicht genehmigte.

Wenn man aber den Radikalerlaß und seine Wirkungen einfach mal beiseite läßt, dann erscheint die seither gepflegte Zurückhaltung der MG beim Öffentlichmachen von Namen und Adressen der Mitglieder und Sympathisanten als eine Machenschaft, die die Organisationspsychologen des Innenministeriums sich und ihrem Auftraggeber nur organisationspsychologisch erklären können – seinen Handlungsbedarf wird sich der Innenminister daraus schon selbst bestätigen können:

„Deren Führung“ (die der MG) „kultiviert bei ihrer Gefolgschaft die Feindbilder ‚Staat‘ und ‚Verfassungsschutz‘ mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie will damit nicht zuletzt den inneren Zusammenhalt der Gruppe stärken. So wird unter den fest eingebundenen MG-Anhängern ein regelrechtes Verfolgungssyndrom erzeugt...“ (64)

In der (Verfassungs-)Wirklichkeit wäre es der „Führung“ sehr recht gewesen, wenn der staatliche Verfolgungsdrang noch einen Unterschied zwischen „Führern“ und „Anhängern“ gemacht hätte. Die zuständigen Behörden gaben sich aber mitnichten damit zufrieden, die Exponenten der Organisation dingfest zu machen. Gerade der „innere Zusammenhalt“ der MG, jener ziemlich simpel zu erklärende Sachverhalt, daß Leute gleicher oppositioneller Auffassung einander nicht hängen lassen, wenn der Staat sie außer Brot setzt, ließ in den Verfassungsschutzführungen schon früh den Beschluß reifen, möglichst vieler, wenn möglich aller „fest eingebundenen MG-Anhänger“ datenmäßig habhaft zu werden. Die Anhörungen bzw. Disziplinarverfahren bei Bewerbern oder Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes häuften sich und trafen die Mitglieder, Kandidaten, Sympathisanten und Leute im allerweitesten Dunstkreis der Organisation ebenso wahllos wie gleichmäßig. Anstrengungen unsererseits, die „nachrichtendienstliche Arbeit“ wenigstens zu erschweren, werteten die Experten des Herrn Schäuble so:

„Entsprechend grotesk fallen die ‚Sicherheitsvorschriften‘ der MG aus. So sind ihre Mitglieder angewiesen, Fahrzeuge bei Zusammenkünften der Gruppe weitab vom Versammlungsort abzustellen oder sogleich mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Bei telefonischen Kontakten geht die MG

davon aus, daß bestimmte Anschlüsse nach dem G-10-Gesetz durch die Sicherheitsbehörden überwacht werden. Generell sollen MG-Angehörige Gespräche nur von Telefonzellen aus führen. Werden bei Schulungen ‚heikle‘ Themen besprochen, lassen die Terminleiter Rollos oder Vorhänge zuziehen, um Ausspähen zu verhindern. Gegen vermutete Lauschangriffe setzen sie Radiogeräte in Gang. Teilnehmer von Sympathisanten- und Kandidatenschulungen sollen einander nur mit Vornamen kennen; das gilt auch für Terminleiter, denen die Teilnehmer – zur Verschleierung der Finanzwege der MG – ihre Beiträge in bar abliefern.“ (64 f.)

Eine schöne, weitgehend lückenlose Aufzählung der Mittel & Methoden, mit denen der Stasi-West uns zu Leibe rückt – geschildert als Belege für den Verfolgungswahn der MG!

Wenn die Optik stimmt, dann wird das Feindbild auch durch Details ausgeschmückt, denen das unbefangene Auge leicht entnehmen kann, daß sie fürs schiere Gegenteil der beabsichtigten Botschaft sprechen. Der wissenschaftliche Beirat des Innenministers hält es nämlich nicht einmal für notwendig zu dementieren, daß die „nachrichtendienstliche Tätigkeit“ in Sachen MG *wirklich stattfindet*, gegen die unsere „grotesken“ „Sicherheitsvorschriften“ gerichtet sind. Die angeführten Erkenntnisse können überhaupt nur durch eingeschleuste Spitzel bzw. zum Auspacken bei der Behörde gebrachte „V-Männer“ zustande gekommen sein. Zur Klarstellung über „Groteske“ oder Rationalität von MG-„Sicherheitsvorschriften“ ein paar Informationen, deren Quellenlage von der MSZ-Redaktion gesichert worden ist und die im Bedarfsfalle auch gerichtsverwertbar sind.

Stasi-West: Abteilung „Neue Linke“. Beobachtungsobjekt „Marxistische Gruppe (MG)“

1. Auf den meisten öffentlichen Veranstaltungen der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG) befinden sich Mitarbeiter des VS und notieren die Namen Anwesender, bzw. versuchen die Namen ihnen als MGler Verdächtiger herauszukriegen. Einem Bewerber für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien wurde vom zuständigen Ministerium eine Liste mit 8 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen der MG in 2 Städten aus verschiedenen Bundesländern in 3 Jahren vorgehalten, bei denen er als Zuhörer anwesend war. Das Ministerium fügte der Liste hinzu:

„Zum Beweis dervorstehenden Erkenntnisse kann ein Angehöriger des ... Landesamts für Verfassungsschutz als mittelbarer Zeuge benannt werden.“

Die Behörde geht also davon aus, daß sie im Falle eines Verwaltungsgerichtsprozesses ihren Spitzel nicht aufzudecken braucht und dem Gericht die Aussage seines Chefs („mittelbar“) reicht.

2. Bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG), im Umkreis von angemieteten Räumlichkeiten der Organisation, beim Verteilen von Flugblättern und Zeitungen – immer sind Mitarbeiter der Landesämter für VS auf der Matte und notieren sich die Autonomern in Frage kommender Fahrzeuge. Ganz offensichtlich steigen sie Veranstaltungsteilnehmern oder Flugschriftverteilern bis zu ihrem PKW nach, um über die Zulassungsnummer an die Personalien eines mutmaßlichen MGlers heranzukom-

men. Wie folgendes Beispiel zeigt, kann man allein durch den Besitz eines Kraftfahrzeugs seinen Beruf riskieren:

„Am ... 1983 benutzten Flugblattverteiler, die vor dem ...-Werk in ... MG-Flugblätter mit dem Titel ‚Argumente zum 17. Juni‘ verteilen, ihren PKW mit dem amtlichen Kennzeichen...“

Das hielt 1990, also 7 Jahre später, eine Bezirksregierung im Freistaat Bayern einem Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt unter dem „Betreff: Verfassungstreue“ vor.

Selbstverständlich gehört zu den „nachrichtendienstlichen“ Mittel der Behörden auch das heimliche Ablichten der zu beobachtenden Personen. Einem Beamten des öffentlichen Dienstes wurde vom Bayerischen VS eine Photoserie vorgelegt, die ihn beim Betreten und Wiederverlassen von Tagungsorten der MG zeigt. Gegenüber einem Gebäude in der Münchner Drachenseestraße, in dem Schulungen und Tagungen der MG abgehalten wurden, mietete der Verfassungsschutz eine Wohnung an, von der aus der Eingang und ein Stück der Drachenseestraße gefilmt werden konnten. Die Filmemacher im öffentlichen Schnüffeldienst wurden anlässlich eines Festes mit Tanz und Musik, zu dem alle Münchener Mitglieder und Freunde der MG eingeladen waren, bei der Arbeit entdeckt und unterbrochen. Seitdem wissen wir, daß demokratische Überwachungsorgane uns auch bei Spiel & Spaß nicht aus den Augen lassen – und sind entsprechend griesgrämig geworden.

3. Über die Möglichkeiten, die die Gesetzgebung einer wehrhaften Demokratie zum Anzapfen des Post- und Fernmeldegeheimnisses einräumt, steht, wie im Schäuble-Papier vermerkt, alles im G-10-Gesetz: Sie sind gegen zu „Verfassungsfeinden“ Erklärte ziemlich unbegrenzt, und der Rechtsweg ist für die Betroffenen per Gesetz ausgeschlossen. Über die technischen Mittel, die dabei von den Diensten angewendet werden, wissen wir alles Notwendige aus Berichten in der Zeitschrift „Der Spiegel“. Beeindruckt hat uns vor allem die Methode, per computergesteuerter Fangschaltung alle Fernsprechteilnehmer, die eine bestimmte Nummer anwählen, festzuhalten. Deshalb haben die Amateur-„Sicherheitsexperten“ der MG an Leute, die mit uns zu tun haben, die Warnung ausgesprochen, Räumlichkeiten der Organisation und Privatanschlüsse von Genossen, die die Verfassungsschutzberichte als „MG-Führer“ einstufen, besser von der Telefonzelle aus anzurufen. Illusionen über die Wirksamkeit aller Bemühungen gegen einen hochtechnisierten Geheimdienst machen wir uns nicht. Neulich konnte man im „Spiegel“ nachlesen, daß die Computerfritzen vom rechtsstaatlichen Stasi begeistert sind über die neuen Telefonkarten, weil man über deren imprägnierte Codierung so wunderbare Personenraster zusammenstellen kann. Unseren Mitgliedern auch noch zu empfehlen, nur Münztelefone zu benutzen, war uns dann doch zu blöd.

4. Zum Glück hat uns ein aus der Studentenbewegung überkommener Brauch frühzeitig davor bewahrt, die Nachnamen der Leute, die in der MG arbeiten, an die große Glocke zu hängen. Genützt hat es nichts. Es gibt dagegen einen eigenen Berufsstand. Das Berufsbild liest sich so:

„Der Einsatz von V-Leuten dient vor allem der Aufklärung des politischen Extremismus in der

Bundesrepublik Deutschland... Zu diesem Zweck versuchen die Verfassungsschutzbehörden, Mitglieder dieser Organisationen dafür zu gewinnen, die Verfassungsschutzbehörde bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags zu unterstützen und ihre Informationen über die Interna mitzuteilen." (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Abwehrbereit, München 1985, S. 102)

Lange Zeit war es üblich, auf neu eingerichteten Sympathisantenplena der MG, die öffentlich und für jedermann zugänglich sind, Listen herumgehen zu lassen, auf denen die Teilnehmer Vornamen und Telefonnummern eintragen, um im Falle einer Terminverlegung benachrichtigt werden zu können. Ein erster Fehler, der es zum Beispiel im Jahre 1990 dem VS gestattet, einem Bewerber um die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt in Bayern vorhalten zu lassen:

„Sie sind seit Mitte 1979 im Zusammenhang mit der Marxistischen Gruppe (MG) bekannt.“

Bei einer Tagung des Bundesinnenministeriums im März dieses Jahres prunkte der Hamburger Geheimdienstchef Lochte (SPD) vor qualifizierten Teilnehmern aus den alten und den neuen Bundesländern mit den V-Männern seiner Behörde in der MG, die ein sehr hohes „geistiges Schmerzensgeld“ für ihre schnüfflerische Knochenarbeit bezögen. Einige dieser Figuren scheinen höchst erfolgreich den Personalstand der MG ausgeforscht zu haben. Da tauchen in Anhörungen Funktionen auf, die die Inkriminierten in der „MG-Hierarchie“ einnehmen würden, wie z.B. Einteilen von Plakatklebern, Aufstellen einer Lautsprecheranlage usw. Der Verfassungsschutz kennt in München Familiennamen und Anschrift von Leuten, die nachweislich nur 1 Mal ein Sympathisantenplenum der MG besucht haben, genauso wie die Adresse unserer Drucker, Setzer und Papierlieferanten. Wörtliche Zitate aus Terminen, Protokollen, Veranstaltungen verraten eine sehr akribische und auf umfassende Ausspähung gerichtete Aktivität, bei deren Resultaten wir die Frage für irrelevant erachten, ob die Observation durch Spitzel, Telefonüberwachung oder Lauschangriff mit Richtmikrophonen und „Wanzen“ erfolgt ist.

Wenn man noch die dicken Fotoalben hinzunimmt, die ganz nebenher zustandegekommen sind, die Namens- und Adressendateien: Auf welcher Seite liegt da eigentlich Verfolgungswahn vor?

5. Die Sache mit dem „bar abgelieferten“ Geld: Erwarten die Herren MG-Experten des Bundesinnenministeriums, daß Mitglieder der MG ihre Beiträge per Einzugsberechtigung und Spendenquittung entrichten? Bei der MG handelt es sich doch weder um das Finanzministerium noch um die Katholische Kirche oder die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ einer demokratischen Volkspartei. Der Tirade der innenministeriellen Expertise ist sogar zu entnehmen, daß es mit der rigiden „Besteuerung“ des MGLers nicht so weit her sein kann, wenn die Zuwendungen ungezählt bar auf die Krallen daherkommen. Im Unterschied zu den Schröpfungsmethoden der öffentlichen Gewalt kann es bei einer Organisation mit freiwilliger Mitgliedschaft und jederzeitiger Ausstiegsmöglichkeit (das bestätigen selbst noch die Spitzel, wenn sie sich auf die Informationen „ausgestiegener“ MGLer berufen, die sich ihnen „anvertraut“ hätten) so etwas wie eine Steuererklärung nebst Steuerfahndung, Steuereintreibung

und auch noch Zwangsvollstreckung gar nicht geben.

Aus dem sehr einfachen Sachverhalt, daß Leute, die dafür sind, daß die MG politisch was putzt, dafür auch ein Geld übrig haben, das aber nicht überweisen können, weil sie dann schon wieder registriert und einer „verfassungsfeindlichen Bestrebung“ überführbar sind, macht die Feindbildoptik eine „Verschleierung der Finanzwege der MG“. Jeder Terminleiter ein kommunistischer Leisler-Kiep, oder was?

Das Bayerische Fernsehen hat vor 2 Jahren in der Sendung „Zeitspiegel“ einen V-Mann auftreten lassen, der verumtelt vom Leben in der MG erzählte. Auch hier kam die Denunziation über die bloße Bestätigung des Faktums, daß auch im Verein MARXISTISCHE GRUPPE Beitrag für die Finanzierung der Vereinszwecke entrichtet wird, nicht hinaus. Mit einem Unterschied zum richtigen Leben: Wenn einer nicht soviel zahlen will oder kann, wie die Beitragsformel empfiehlt, dann zahlt er halt weniger – meldete der V-Mann, über dessen Beiträge wahrscheinlich heute noch Staatsknete in die MG-Kasse fließt.

Little Brother watching

Der Bericht des Innenministers vollendet sein Sittenbild von der MG als psychoterroristische Vereinigung mit einer Erfindung, für die wir auch nach gewissenhafter Selbstprüfung keinen tatsächlichen Anhaltspunkt in unserem Parteileben haben finden können.

„Die MG verfügt über einen gut geleiteten internen Sicherheitsapparat, dem die soziale Kontrolle des der Gruppe anheimgefallenen ‚Menschenmaterials‘“ (auch hier suggerieren die Gänsefüßchen einen Originalton MG. Gehässig sind sie schon, demokratische Intellektuelle, zumal, wenn sie für den Verfassungsschutz arbeiten!) „unterliegt ... In unregelmäßigen Abständen wohnen diese ‚Sicherheitsmitarbeiter‘ Schulungen bei: Sie kontrollieren den Grad ideologischer Anpassungsbereitschaft bei den Teilnehmern, fertigen Protokolle zu ‚abweichenden‘ Meinungen und erstellen Persönlichkeitsprofile.“ (65)

Wir können uns diese „Erkenntnis“ nur aus der Projektion des verfassungsschutzmäßig denkenden Gehirns erklären, das ziemlich exakt den Auftrag eines V-Manns mit der Zielgruppe MG beschreibt.

Im folgenden nimmt sich der Schäuble-Report das Privatleben von Mitgliedern und Sympathisanten der MG vor. Daraus kann man vorab schon einmal lernen, daß „Verfassungsfeinde“ für den freiheitlichen Stasi keins haben: Offensichtlich steigen uns die Damen und Herren Demokratiebewahrer bis ins Schlafzimmer nach und wollen auch genauestens darüber Bescheid wissen, was an den Küchentischen von Altbauwohnungen verhandelt wird:

„Ein anderes Mittel der internen Kontrolle sind die Wohngemeinschaften der MG. In ihnen sind oft MG-Angehörige mit unterschiedlichem Schulungsstand zusammengefaßt. So werden sie auch außerhalb ihrer ‚politischen‘ Aktivitäten einer ständigen Beeinflussung durch die Gruppe unterworfen.“ (65)

Der durch die Gesetzmäßigkeiten des freien Wohnungsmarkts in deutschen Großstädten zustandegekommene Umstand, daß sich mehrere Leute eine Wohnung teilen, hat auch vor der MG nicht haltgemacht. Die Selbstverständlichkeit, daß man Bad, Küche und Wohnzimmer nur ungern mit Leuten teilt, mit denen man entweder dauernd streiten oder das Thema „Politik“ gänzlich vermeiden muß, ge-

rät in der Feindbild-Optik des Anti-MG-Pamphlets zum Organisationszweck. Welche Wohnverhältnisse wären dem VS denn eigentlich recht gewesen? Eine müßige Frage: „Verfassungsfeinde“ sind böse Menschen, und das merkt man auch daran, daß sie wohnen.

Der kurze „Marsch durch die Institutionen“ ...

Mitglieder und Sympathisanten der MG haben ein Problem, das sie von den wenigsten Mitgliedern dieser Gesellschaft – mit Ausnahme der Politiker – unterscheidet: Sie müssen durch Arbeit ihr Geld verdienen. Wie der Verfassungsschutz bemerkt und das Heftchen des Innenministers vermerkt hat, weisen unsere „Anhänger einen formal hohen Bildungsstand“ auf; d.h. viele haben studiert und das eröffnet ihnen den Zugang zu „gehobenen“ Berufen vor allem des Ausbildungswesens in seinen öffentlichen und privaten Sparten. Nun haben Leute in und im Umkreis der MG nach Beendigung ihres Studiums tatsächlich die Laufbahnen eines Lehrers, eines Anwalts, eines Arztes oder eines EDV-Fachmanns eingeschlagen mit dem in dieser Gesellschaft eigentlich heiligen Zweck, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine politische Absicht, gar ein Auftrag der MG ist damit nie und nirgends verbunden gewesen. In der bis zum Erbrechen zitierten „Programmatischen Erklärung“ unserer Organisation von 1974, die von den Autoren des Büchleins ansonsten als verlässliche Auskunftquelle über Ziele, Mittel und Zwecke der MG angeführt wird, heißt es:

„Als Berufe sind sie“ (die Jobs der Kopfarbeiter) „das Mittel, mit dem sich Individuen reproduzieren: Dies gibt – noch ohne eine detaillierte Untersuchung der einzelnen Berufe – einen Hinweis darauf, daß ein Freiraum zur beliebigen Umfunktionierung der betreffenden Tätigkeit in antikapitalistische Praxis nicht besteht. Weder läßt sich aus der Nähe zur unmittelbaren Produktion“ (gemeint ist die technische Intelligenz in der großen Industrie) „mit einem gedanklichen salto mortale ein Teil der Intelligenz zum revolutionären Subjekt qua Fähigkeit hochstilisieren, noch ist der Inhalt dieser Berufe, geistige Produktion, die Gewähr für revolutionäre Bewußtseinsbildung und optimale politische Möglichkeiten. Die spezifisch geistige Fähigkeit in dem jeweiligen Beruf stellt mit der Grundlage für die Reproduktion des Intellektuellen zugleich eine notwendige Funktion für die bestehende Gesellschaft dar. Versucht ein Individuum in seinem Beruf dessen Funktion zu negieren, läuft es folgerichtig Gefahr, seine Reproduktionsbasis zu verlieren.“ (Resultate 1, S.23 ff.)

Zwei Jahrzehnte haben wir uns mit anderen linken Organisationen, namentlich der DKP und dem MSB Spartakus gestritten über die Unmöglichkeit, im Beruf als Kommunist tätig zu werden. 1987 erschien die MG-Broschüre „Die Jobs der Elite“ mit einer Analyse der Funktion dieser Berufe und einer daraus folgenden Polemik gegen die sie mit Herz und Verstand ausübenden Charaktere – da müssen wir im neuesten Heft der Reihe „Innere Sicherheit“ nachlesen, daß

„die Besetzung gesellschaftlich bedeutender Posten nach den Vorstellungen der MG Schlüsselpositionen eröffnen (soll), aus denen im Revolutionsfall die Zersetzung des ‚bürgerlichen Staates‘ betrieben werden soll.“ (65)

Bezeichnenderweise folgt für diese Behauptung als Beleg eine Interpretation von „Die Jobs der Elite“, die sich nur durch semantisches Analphabetentum erklären läßt oder als

flagrante Verletzung der von Engels entwickelten Grundregel für „Lügner von Profession“, daß die Lüge, „um überhaupt flügge zu werden, eine Spur von Wahrheit enthalten muß“.

„In einer gleichnamigen Broschüre mit dem Untertitel ‚Eine marxistische Berufsberatung‘ hat sie“ (die MG) „1987 ihren Anhängern Tips zur ‚bürgerlichen‘ Funktion so ansprechernde Berufsfelder wie Arzt ... vermittelt.“ (67)

Folgt eine frei erfundene und deshalb wohl auch nur indirekte Zitierung der „Programmatischen Erklärung“, daß MGler im Beruf „die Leistungen, die man darin zugunsten des ‚Klassenfeindes‘ erbringe, so gering wie möglich halten“ (ebd.) sollen. Und dann kommen sich die gelehrten Autoren der Sicherheitsbroschüre noch einmal besonders schlaue vor. Sie „entlarven“ unsere Charakterisierung der besseren bürgerlichen Berufe –

„Daß das Volk arbeitet, gehorcht und den Glauben teilt, seine Herrenseien zum Führen irgendwie berufen – das, sonst nichts sichert der Elite ihren Erfolg.“ (67)

als Programm für unsere „kommunistische Zukunftsgesellschaft“, die fünfzehn Seiten vorher noch mehr nach Steinzeit aussehen sollte ... Aber der theoretische Überbau des Anti-MG-Feldzugs der Staatsschutzbehörden braucht ja wirklich nicht stimmig zu sein, damit die Praktiker der Staatssicherheit wissen, wo es lang geht. Deren Stichwort heißt „Einflußnetze“; und damit wissen sie, wo und wie sie ein- und anzugreifen haben. Sie führen schon längst ihren Schlag gegen die bürgerliche Existenz aller mutmaßlichen MG-Anhänger und überlassen es ihrem Professorenstab, das als Präventivschlag des Rechtsstaats gegen seine Zersetzung von oben „abzuleiten“.

Wie heißt es so schön weiter vorn in der Schäuble-Broschüre: „Nicht das Faktum als solches“, daß bislang noch kein einziger MGler in seiner *Berufsausübung* disziplinar- oder arbeitsrechtlich auffällig geworden ist, „gilt als entscheidend, sondern seine richtige Bewertung nach ideologischen Axiomen“, denen zufolge die politischen Auftraggeber des VS beschlossen haben, in der MG eine „marxistische Loge auf dem Marsch durch die Institutionen“ zu sehen. Und uns entsprechend zu behandeln.

... zum totalen Berufsverbot im öffentlichen Dienst ...

MGler im öffentlichen Dienst sind also für den VS Langzeitagenten eines *inneren Feindes*, an denen gerade ihre eingeräumte Unauffälligkeit das Gefährliche ist (so der Hamburger Ober-MG-Verfolger Lochte bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit). Daraus folgt für die Behörden eine Definition des Begriffs „Verfassungsfeindlichkeit“, die den harten Kern bestimmter Grundrechte, wie z.B. die der Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit, klarstellt. Ihr Gebrauch durch Beamte und solche, die es werden wollen, ist ein *Mißbrauch* und begründet Zweifel an der Verfassungstreue:

„Eine Förderung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen ... liegt bereits in der Teilnahme an einer Veranstaltung einer solchen Gruppierung, die verfassungsfeindliche Züge trägt oder annimmt und an denen der Beamte trotz Kenntnis oder Kenntnismüßens der verfassungsfeindlichen Tendenzen teilnimmt. Die ... Teilnahme an Veranstaltungen der ‚Marxistischen Gruppe‘ stellt also bereits allein einen Verstoß gegen die politische Treuepflicht im Sinne des Art. 62 Abs. 2 BayBG dar.“

So verfügt ein Disziplinarbescheid, beruft sich bei seiner Feststellung auf den „Verfassungsschutzbericht“, der in den Rang einer unanfechtbaren Beweiskraft in Sachen „Verfassungsfeindlichkeit“ gehoben wird, fordert implizit von jedem Beamten die Lektüre dieses jährlich erscheinenden Opus, damit man/frau weiß, wo *Zuhören* verboten ist.

Nach dieser Logik ist niemand davor sicher, daß auch schon der bloße Erwerb von Schrifttum einer als „verfassungsfeindlich“ eingestuft Gruppierung mit der Rechtslage für Beamte unvereinbar ist.

Rechtswirklichkeit, zumindest im Freistaat Bayern, ist jetzt schon, daß kein Bewerber, dem der VS auch nur MG-Kontakte vorhalten kann, eine Chance hat, im öffentlichen Dienst seine Brötchen zu verdienen. Dazu kommt eine weitreichende Chancenlosigkeit, mit rechtlichen Mitteln sich dagegen zu wehren. Einem Bewerber zum Lehrervorbereitungsdienst wird z.B. 1990 vorgehalten:

„Am 7.5.1983 nahmen Sie an der Demonstration der MG zum Abschluß der ‚Nicaragua-Kampagne‘ in Nürnberg teil.“

Der Betroffene kann zufällig rekonstruieren, daß er damals gar nicht in Nürnberg war. Der VS bleibt bei seinem „Erkenntnisstand“. Das Ministerium muß *per Gesetz* das Material des VS erst einmal als „begründeten Zweifel“ an der Verfassungstreue werten. Der Betroffene kann seine „Unschuld“ nicht beweisen, auch wenn er seine Absenz im konkreten Fall nachweisen könnte. In Sachen „Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst“ erlaubt das Bundesverfassungsgericht seit seinem Grundsatzurteil von 1975 die Maxime: In dubio contra reum!

„Die Einstellungsbehörde entscheidet über den Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, ohne verpflichtet zu sein, vorher den Bewerber zu ihren Zweifeln anzuhören. Bei dieser Entscheidung gibt es keine ‚Beweislast‘ ... ‚Zweifel an der Verfassungstreue‘ hat hier nur den Sinn, daß der für die Einstellung Verantwortliche im Augenblick seiner Entscheidung nicht überzeugt ist, daß der Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.“ (BVerG, Beschluß v. 22.5.1975)

... und auch anderswo!

Für die Belange der Staatssicherheit ist die Handhabe, die das öffentliche Dienstrecht bietet, sehr praktisch aber nicht im entferntesten zureichend. Das öffentlich-rechtliche Berufsverbot gewährleistet nämlich bloß die Säuberung und Sauberhaltung des Staatsdienstes. Für den Zweck, die MG aus der Welt zu schaffen, reicht das nicht hin. Denn tückischerweise ernähren sich MGler durchaus auch von Jobs, die außerhalb dieses staatlichen Zugriffs liegen. Das läßt die Staatssicherheit nicht ruhen. Sie ist vom Informationssammeln fürs Innenministerium zur Jagd auf MG-Anhänger bei privaten Arbeitgebern übergegangen.

Das Heft zur „Inneren Sicherheit“ liefert als staatsschützende Ideologie dazu ein Zerrbild, das stinknormale Arbeitsplatzsuche zum „konspirativen Netz“ ausmalt:

„Die Gruppe verfügt dazu über ein gut funktionierendes internes Stellenvermittlungssystem. Erfahren bereits in einer Dienststelle tätige MG-Anhänger von Ausschreibungen, kann aus dem Bestand der Gruppe innerhalb kürzester Zeit ein Bewerber mobilisiert werden, der den Einstellungsanforderungen entspricht.“

Hier muß schon ein eiserner Wille zur Denun-

ziation in die Lektüre eingebracht werden, um aus dem so alltäglichen Spruch unter Bekannten „Du, bei uns wird eine Stelle frei, das wär doch was für dich!“ ein „MG-Netz“ zu konstruieren. Zumal die Schäuble-Schreibtischtäter selbst hinschreiben, daß die dann „mobilierten“ Bewerber völlig rechtens den Job kriegen – wenn sie ihn kriegen –, weil sie die Einstellungsvoraussetzungen bringen. Nicht einmal das im Beziehungsnetzwerk bürgerlicher Parteien gang und gäbe Verfahren, daß ein Parteifreund den anderen bevorzugt und einstellt, will das Gutachten des Innenministeriums behauptet haben. Der bloße Umstand, daß in einem Betrieb nicht nur 1, sondern 2 und mehr MG-Freunde *arbeiten*, soll als rechtsstaatlich untragbar gewertet werden. Und das geschieht auch schon längst.

Am 13. Dezember 1989 brachte der „Zeitspiegel“ des Bayerischen Fernsehens, in dessen Redaktion ganz offensichtlich ein Mensch wirkte, der eine ähnliche Aufgabe hat, wie die Stasi-Verbindungsoffiziere in den Institutionen der Ex-DDR, einen Bericht über eine private Bildungseinrichtung in Bayern. Dazu der Schäuble-Report:

„In Bayern flog Ende 1989 ein MG-Netz auf, das sich ausgerechnet in den ‚Beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Arbeitgeberverbände‘ (bfz) eingenistet hatte. Zunächst unbemerkt hatte die Gruppe einzelne Mitarbeiter in die bfz einschleusen können. Diese hatten nach und nach immer mehr Genossen nachgezogen. In einzelnen bfz-Niederlassungen war das ‚normale‘ Personal bereits in die Minderheit geraten ...“ (68)

Sinnigerweise hätten weder das bfz oder die Öffentlichkeit, geschweige denn die Arbeitslosen, denen zur Berufsqualifikation als Facharbeiter verholten werden soll, je etwas davon gemerkt, daß da *unnormale* Personen gemäß ihrer Berufsqualifikation ihren Lebensunterhalt verdienen. Un-Personen werden MGler nämlich ausschließlich durch ihre verfassungsschutzmäßige Einordnung, und ihr *Verbrechen* besteht darin, daß sie sich nicht gleich beim Einstellungsgespräch mit einem Roten Stern am Jackett und dem Personalausweisvermerk „Kommunist“ zu erkennen geben. Aber das ist fast schon die humanitäre Seite der Affäre, auf der wir nicht weiter herumreiten wollen, weil wir wissen, daß die demokratische Öffentlichkeit im Urteil über die Existenzberechtigung von Kommunisten in der Demokratie mit ihrem Verfassungsschutz völlig einig ist.

Die Sache hat aber noch eine *rechtliche* Seite, die wenigstens einem MdL der GRÜNEN in Bayern so unangenehm aufstieß, daß er sie beinahe im Bayerischen Landtag anlässlich der Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes zur Sprache gebracht hätte. Wie nämlich kamen (1.) der Bayerische Rundfunk und (2.) das bfz, dessen Geschäftsleitung jetzt alle ihr bekannten mutmaßlichen MGler entlassen will, zu ihren „nachrichtendienstlich ermittelten“ Erkenntnissen? Was die Fernsehritzen betrifft, so hegen wir unsere oben erwähnte Vermutung eines Mitarbeiters im doppelten Dienstverhältnis schon seit der ersten Sendung des „Zeitspiegel“, die nicht zufällig ungefähr unter dem gleichen Titel lief, wie die Enzyklika „MG esse delendam“ des Bundesministeriums. Bezüglich des bfz beziehen wir uns auf eine Zeugenaussage des damals zuständigen bfz-Geschäftsführers vor der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München. Daran geht hervor, daß der Herr Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungs-

schutz (LfV) höchstpersönlich dem Vorstandsvorsitzenden des bfz eröffnet hat, daß seine Firma vom VS überprüft worden und der Befund positiv ausgefallen sei: 9 Mitarbeiter gehörten irgendwie der MARXISTISCHEN GRUPPE an. Der LfV-Chef überreichte dem Vorstandsvorsitzenden eine Liste mit den Namen der Ausgespähnten.

Nach dem damals gültigen Wortlaut des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes war die Herausgabe von beim VS gesammelten Daten an private Arbeitgeber nicht gesetzlich abgedeckt, in seinem Art. 4 eher implizit ausgeschlossen. Zudem ist nach allgemein gültiger und angewandter Rechtslage die Weitergabe von Informationen über die politische Einstellung laut § 203 II StGB strafbar als unbefugte Weitergabe eines *privaten Geheimnisses*. Sowohl das damals geltende Verfassungsschutzgesetz als auch das Strafgesetzbuch hätten einem „normalen“ Arbeitnehmer (z.B. einem SPD-Mitglied gegenüber seinem Arbeitgeber, der in einer C-Gruppe organisiert ist) gute Aussichten auf Rechtsschutz gewährt. Nicht so einem Betroffenen, den der MG-Verdacht getroffen hat. Eine behelligte Mitarbeiterin des bfz erstattete Anzeige gegen Unbekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelte. Ergebnis: oben angeführte Zeugenaussage. Daraufhin stellte sie das Ermittlungsverfahren ein. Begründung: Die Einlassung der Anzeigeerstatteerin ginge *an sich* völlig in Ordnung, nicht aber im besonderen Fall der MG, weil dann eine andere Rechtslage anzusetzen ist, die besagt, daß ein MG-Verdächtiger ein paar für diesen Fall entscheidende Rechte verwirkt hat.

Die Staatsanwaltschaft räumte locker ein, daß *an sich* die Denunziation mutmaßlicher MGler durch das LfV bei einem privaten Arbeitgeber unter den Schutz persönlicher Geheimnisse durch den § 203 StGB falle. Nicht aber im Falle der MG. Da ginge die Information in Ordnung, weil sie im Interesse der Staatssicherheit angebracht sei. *Beweis* wieder einmal der mit rechtlichen Mitteln unschlagbare „Verfassungsschutzbericht Bayern 1989“, den die Staatsanwaltschaft zitiert. In dem ist damals nämlich die vom „Zeitspiegel“ des Bayerischen Fernsehens erstmals aufgebrachte und jetzt im Büchlein des Bundesinnenministers elaborierte *Lüge* quasi Rechtsgrundlage für die Behandlung der MG geworden:

„Um die Revolution in ihrem Sinne lenken zu können, strebt die MG an, die Schaltstellen des Staates und des Kapitals (Industrie) mit ‚eigenen Leuten‘ zu besetzen. Erklärtes Ziel der MG ist der ‚Marsch durch die Institutionen‘.“

Auch hier suggerieren die Gänsefüßchen und die Vokabel „erklärtes“ Authentizität, und einen Scheiß nützt uns der tausendfach in unseren Publikationen hingeschriebene Beweis, daß die Kritik und Ablehnung des unsterblichen Schwachsinn von Rudi Dutschke letztendlich der Grund für unsere Entscheidung gewesen ist, die kommunistische Organisation zu gründen und den „Marsch durch die Institutionen“ Leuten zu überlassen, die wir von früher gut kennen (Peter Gauweiler, Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Jo Müller etc.). Ferner hat sich die Staatsanwaltschaft extra die Sendung des Bayerischen Fernsehens angesehen und demonstriert in ihrem Bescheid, daß auch beim Hören & Sehen Legasthenie vorkommen kann. Aus einem kurzen Redeausschnitt vom Teach-in der MG an der Universität München zur Analyse der öffentlich-rechtlichen Hetze

im Fernsehen folgern die Fernsehteilnehmer von der Münchener Staatsanwaltschaft, die MG bekenne sich zur Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und lasse bloß noch den genauen Zeitpunkt des Zuschlagens offen.

Klar, daß ein Vertreter der öffentlichen Gewalt immer nur Gewalt hört, wenn sich ein Redner über die Auswirkungen der Produktion des relativen Mehrwerts ausläßt, die Rolle des Staates dabei untersucht und schlußfolgert, daß eine *proletarische Revolution* wohl nicht auf den freiwilligen Austrag der Kapitalistenklasse hoffen kann, sondern eher mit der Bundeswehr konfrontiert wird. Diese *theoretische* Überlegung über das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Arbeiterklasse hat nichts zu tun mit dem Standpunkt der MG, daß Gewaltanwendung *das* Mittel der Staatsgewalt ist, was wir an ihr kritisieren, und daß Gewalt für die Politik der MG als Mittel nichts taugt, was wir nicht einmal bedauern.

Zur Frage der Rechtmäßigkeit der Denunziation des LfV beim bfz bezüglich des Verfassungsschutzgesetzes und des Datenschutzes äußerte sich die Staatsanwaltschaft analog zur strafrechtlichen Würdigung. Wiederum räumt sie ein, daß die Informantentätigkeit des LfV weder mit dem BayDSG noch mit dem Verfassungsschutzgesetz in den damals gültigen Fassungen im Prinzip vereinbar gewesen ist. Dennoch habe aber das öffentliche Interesse den VS geradezu verpflichtet, gegen die MG seine Schnüffeldaten dem bfz frei Haus zu liefern. Dann setzt die Staatsanwaltschaft noch einen drauf und rügt eine verkürzte Auffassung von Aufgabe und Funktion des Geheimdienstes in der Demokratie: Der dürfe nicht bloß Nachrichten *sammeln* und für sich seine Schlüsse daraus ziehen. In einer wehrhaften Demokratie seien vom Geheimdienst auch die nötigen Konsequenzen zur Abwehr des inneren Feindes zu erwarten.

Seine Überzeugungskraft gewinnt die staatsanwaltschaftliche Interpretation aus der inzwischen erfolgten Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, mit der die Geheimdienstbehörde die gesetzliche Absicherung ihres Übergangs vom Sammeln zum Jagen erhielt: Die Staatsanwaltschaft beruft sich

auf die seit November 1990 geltende Neufassung des BayVSG, vor allem den Art. 14 Abs. 4, und wertet dies als Bestätigung ihrer Auffassung, daß demokratischer Staatsschutz nicht bloß ein Archivieren „verfassungsfeindlicher“ Bestrebungen sein kann, sondern eine von sich aus aktive Behörde, die im Rahmen ihrer Aufgaben auch mal in die Offensive gehen müsse. Besagter Abs. 4 im Art. 14 erteilt dem Verfassungsschutz den Auftrag zur Verfolgung von „Verfassungsfeinden“ in prinzipiell allen Berufen:

„Personenbezogene Daten dürfen an andere Empfänger als öffentliche Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist...“

Der Stasi-Übergang des demokratischen Verfassungsschutzes: Vom Sammeln zum Jagen

Im Fall des bfz hat die demokratische Staatssicherheit schon gar nicht mehr bloß auf den zum Berufsbild gehörigen Antikommunismus von Arbeitgebern vertraut. Sie hat Druck auf das Unternehmen gemacht und macht Druck, um die nur allzu verständliche Berechnung des Arbeitgebers, der gute Leute nicht verlieren und eine Störung des Betriebsfriedens schon aus Erwerbsgründen vermeiden will, zu durchkreuzen. Sie droht mit dem Entzug von Aufträgen durchs Arbeitsamt, dessen Loyalität sich der Verfassungsschutz offenbar sehr sicher ist, sofern den Vorstellungen der Behörden von einer 100-prozentigen Anti-MG-Personalpolitik nicht entsprechen wird.

Was dort geschieht, erhebt das Bundesinnenministerium zur Strategie:

„Die Etablierung eines MG-Netzes kann die Personalpolitik einer Firma beeinträchtigen und die Wahrung von Betriebsgeheimnissen gefährden. Auch kann sie rufschädigend wirken. Die Beschäftigung extremistischer Sekteure ist für keine Institution eine Empfehlung.“ (68)

Den Wink mit den Betriebsgeheimnissen und der Rufschädigung braucht das Ministerium keinem Arbeitgeber mehr in seinen Klartext zu übersetzen. Der Staat verspricht, dafür zu sorgen, daß die Beschäftigung von MGlern zur Geschäftsschädigung wird – und liefert damit den jedem Arbeitsgericht einsichtigen Entlassungsgrund frei Haus gleich mit.

Dabei ist die Staatssicherheit sich sicher, daß sie für diese Vernichtungsstrategie gegen MGtum in der freiheitlichen Öffentlichkeit erfolgreich Schützenhilfe einfordern kann. Das tut sie jedenfalls im letzten Abschnitt der Broschüre:

„Nicht nur die ‚Opfer‘ der MG“ (gemeint sind Unternehmer, die der Staat wegen falscher Personalpolitik schädigt) „haben indessen Anlaß, sich mit den destruktiven Praktiken dieses kommunistischen Geheimbundes zu befassen. Die offensive Auseinandersetzung mit ihm bleibt Aufgabe einer demokratischen Öffentlichkeit.“ (68)

Wir haben es begriffen, was die angesprochenen Instanzen da verstehen sollen. Ein liberaler Umgang mit solchen wie uns kommt in einer Demokratie wie der unseren überhaupt nicht in Betracht. Und alle die Instanzen, die auf Grund sorgfältiger Informationen ad personam mit uns zu tun haben, sind verpflichtet, ihren Beitrag zur Abwicklung der MG zu leisten.

40 Jahre Stasi machen Schule.

RÄUMUNGSVERKAUF

Vom 21. bis einschließlich 31. Mai
in den
MHB-Buchläden in
Berlin, Hamburg, Hannover,
München

Marxistischen Buchläden in
Bochum, Dortmund, Erlangen,
Nürnberg, Würzburg

in den MSZ-Buchläden
Bremen und Stuttgart

im Resultate-Buchladen
Frankfurt am Main

im Laden der
„Tübinger Hochschulzeitung“

Erklärung

Dies ist eine Absage. Ab sofort gibt es die MARXISTISCHE GRUPPE (MG) nicht mehr. Die Angriffe des demokratischen Staates und seiner Sicherheitsbehörden auf unsere Organisation und auf die berufliche Existenz der Befürworter unserer Sache nötigen uns dazu, die Marxistische Gruppe aufzulösen.

Nein, wir nehmen nichts zurück von der kommunistischen Kritik, die wir verbreitet und immer vertreten haben.

– Wir können nicht erkennen, daß die Ausgestaltung der Lohnabhängigkeit zu einem Tarifsysteem, auf dessen Abstufungen die deutschen Gewerkschaften stolz sind, die Abhängigkeit vom Lohn beendet hätte und das Arbeiten in kapitalistischen Diensten in eine proletarische Erfolgsstory verwandelt.

– Wir sehen nicht, inwiefern der Reichtum, den Unternehmen, Banken, Regierungen und Schaufenster zur Schau stellen, ein Beweis dafür sein könnte, daß die Mehrheit sich nicht mehr ihren Nettolohn schwer einteilen muß, also nicht mehr unter die Rubrik Armut fällt.

– Wir haben kein Verständnis für den staatsbürgerlichen Glauben, eine monopolisierte und in Gesetzesform gegossene Gewalt wäre keine, und sie würde nicht von der Alltäglichkeit gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse, sondern von ihrer Abschaffung zeugen.

– Wir können uns nicht mit der frommen Theorie anfreunden, ausgerechnet der Krieg am Golf hätte vielleicht ein Zeitalter der Gewaltlosigkeit in der Welt eingeleitet.

– Wir mögen nicht den Opfern des Weltmarkts in südlichen Breiten den Vorwurf machen, sie wären zu viele, außerdem umweltschädlich und insofern an ihrem Hunger selbst schuld.

– Wir sind keine Demokraten, die es für ihre höchste Freiheit halten, unter erfolgreichen Parteikarrieristen ihre Herren auszuwählen.

– Wir halten nichts von einer freien Öffentlichkeit, die mit ihrem nationalen Grundkonsens, ihrem einfältigen Maßstab „Deutschland vor!“ und ihren Sex- und Wetterberichten jede obrigkeitliche Zensur abweichender Gedanken überbietet.

– Wir können eine Wissenschaft nicht leiden, die sich von Anfang an vom Anspruch auf richtige Erkenntnisse dispensiert und statt dessen die ganze Welt ins rosige Licht von Normen, Werten und unwidersprechlichen, also guten Sachzwängen taucht.

– Wir können nicht einmal in dem Ende, das der Reale Sozialismus sich selbst bereitet, einen Beweis dafür entdecken, daß die Freie Welt über jede Systemkritik erhaben wäre.

– Wir halten den „Tod“ des Kommunismus nicht für ein Gottesurteil über konkurrierende Ideenwelten, sondern entdecken darin bloß einen Erfolg der überlegenen Ausbeutungs- und Gewaltmaschinerie der Freien Welt.

Genau das erleben wir nämlich gerade an uns selbst: Die deutsche Staatssicherheit widerlegt uns nicht; sie macht unsere Genossen fertig. Leuten, die unsern Standpunkt teilen und die kommunistische Kritik für richtig halten, gesteht der Rechtsstaat eine Meinungsfreiheit nicht zu. Für ihn hat unsere Ansicht keinen Platz im Meinungspluralismus. Bei uns hört für den Rechtsstaat die Toleranz auf. Die Sicherheitsbehörden kriminalisieren unsere Theorie; sie spüren Leute auf, die unsere Auffassungen vertreten; sie denunzieren solche Abweichler – Datenschutz gilt da nichts – als Gesinnungstäter beim jeweiligen Arbeitgeber und sorgen dafür, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Wer unsere Kritik teilt, hat kein Recht auf eine berufliche Existenz – das ist geübte Praxis und erklärte Strategie der bundesdeutschen Staatsgewalt.

Wir geben nicht auf, weil wir wegen mangelnder Nachfrage nach kommunistischer Kritik an unseren Ansichten Zweifel bekommen hätten. Wir geben auch nicht auf, weil die Welt den Kommunismus für tot erklärt. Wir lösen uns auf, weil uns der freiheitliche demokratische Rechtsstaat mit seinem Verfolgungswahn keine Wahl läßt. Und der staatlichen Fahndung Märtyrer anzubieten, ist uns zu blöd.

München, 20.5.1991

Marxistische Gruppe